

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 54 (1920)**

279 (13.10.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-92970](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-92970)

„Nachrichten“ erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. — Vierteljährlicher Bezugspreis 12 M., durch die Post bezogen mit Postgelde 13 M. 50 P. Man bestells bei allen Postämtern, in Oldenburg in der Geschäftsstelle Verleger Dr. Fernsprech-Anschlüsse, Schriftleitung Nr. 190. Geschäftsstelle Nr. 46.

# Nachrichten

Dr. Engelken rufen für die frühere Bezugsstelle Oldenburg die 30 mm breite Kolonietheile über deren Raum 1 M., auswärts 1,50 M., Familienangelegen 50 P. Zus. Kolonietheile kostet die 80 mm breite Beilage über deren Raum 5 M.

## für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 279.

Oldenburg, Mittwoch, den 13. Oktober 1920.

54. Jahrgang.

### Amerikanische Neuorientierung

Während das alte Europa an Waren und Gold starrer Wangel leidet, droht der Ueberfluß an beiden Amerika in eine schwere Krise zu führen. In Deutschland, das wohl von allen Ländern Europas, wenn man von Rußland abläßt, heute am meisten Not leidet, hat der Mangel an Rohstoffen, an Kohlen und an Betriebskapital eine schwere Arbeitslosigkeit herbeigeführt. In Amerika aber steht der Ueberfluß an allen diesen Dingen gegenwärtig im Begriff, die gleiche Wirkung auszulösen. Nach allen vorliegenden Nachrichten sieht Amerika gegenwärtig vor einer schweren Arbeitskrise. Die Uebererfüllung des amerikanischen Dollars im Vergleich zu den entwerteten europäischen Werten macht die amerikanischen Waren exportunfähig. Die hohen Preise, die sich infolge der glänzenden Kriegsjahre auch in Amerika entwickelt haben, mindern auch zugleich den Absatz in amerikanischen Zustände. Die Waren, die zum Verkauf nach Europa bestimmt sind, häufen sich drüben zu Bergen an. Die Fabriken beginnen, die weitere Fabrikation einzustellen, weil sie keinen Absatz für die produzierten Waren mehr haben. Was nützt dem reichen Amerika sein reiches Geld und sein Warenüberfluß, wenn es niemanden mehr findet, der mit ihm Handel treiben, ihm seine Waren abkaufen kann?

Während des Krieges und nach dem Kriege ist ein großer Teil des Reichtums der Welt nach Amerika hinübergeflohen. Das ausgeleitete, verarmte Europa ist nun kein guter Kunde mehr für das reiche Amerika, das aber doch ohne diesen Kunden keine Geschäfte mehr machen kann. Tausendmal hat man sich drüben jenseits des großen Wassers verheißt, dem faulen Kunden Europa, der all sein Vermögen in Kriegen vergrubet, nichts mehr zu borgen. Amerika den Amerikanern, und Europa den dummen, verarmten Europäern, das sollte in Zukunft für Amerika die Lösung werden. Man war seit Entschloffen, sich in die europäischen Handel nicht mehr einmischen, und Europa politisch wie wirtschaftlich seinem Elend zu überlassen.

Nun müssen die Amerikaner, wohl zu ihrer eigenen großen Ueberzeugung, die Erfahrung machen, daß sie allein auf sich angewiesen, in eigenen Kett erstickt zu müssen. Es geht doch nicht ganz ohne das alte Europa. So ist denn, wie aus New York gemeldet wird, in den letzten Tagen in amerikanischen Bank- und Geschäftskreisen, wie auch bei den politischen Parteien, infolge der drohenden gewaltigen Arbeitslosigkeit ein starker Gesinnungsumschwung eingetreten. Selbst die Republikaner erklären sich nun für den Eintritt Amerikas in der Weltkredit, und zwar, wie es heißt, aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen. Damit soll wohl gesagt sein, daß man die Notwendigkeit eingesehen hat, den toten Goldüberfluß, in dem Amerika ungenutzt ruht, doch lieber weiter zu verlegen. Und in wirtschaftlicher Beziehung hat man sich überzeugt, daß Amerika trotz oder gerade wegen seines Warenreichtums doch nicht dauernd auf sich allein angewiesen bleiben kann. Man will deshalb auf alle Fälle Europa wieder Waren verkaufen. Das kann man aber nur, wenn der Dollar wieder von seiner einseitigen Höhe herabsteigt und in ein erträglicheres Verhältnis zu den europäischen Werten tritt. Amerika muß also die europäischen Werten folgen lassen, sei es durch geldliche Darlehen, sei es durch Warenkredite.

Die Folgen einer solchen amerikanischen Neuorientierung für die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung der Welt können ganz unabsehbar groß sein. Wenn Amerika dem Völkerbunde beiträgt, so wird es das, nach dem sehr wahrscheinlichem Ausfall der Wahlen, unter republikanischer Führung tun. Es wird dem Völkerbunde nicht angehören, weil es ihn in seiner heutigen Gestalt gut und schön findet, sondern in der Absicht, ihn baldmöglichst nach den Plänen und Ideen Harding umzugestalten. Ein republikanisches Amerika wird in weit größerem Maße als die während des Krieges leider maßgebende Wilson-Klasse eine von englisch-französischen Einflüssen unabhängige Politik treiben. Man wird sich in Amerika dann vielleicht auch daran erinnern, daß Deutschland vor dem Kriege einer der besten und zahlungsfähigsten Abnehmer amerikanischer Waren war, und es wieder werden kann.

20. Washington, 13. Okt. (Eig. Draht). Der amerikanische Wirtschaftler Paul Cravath, der den Verhandlungen in Spaa beizuwohnt, erklärte, daß das einzige Mittel zum Wiederaufbau Europas darin bestünde, der gegenwärtigen Regierung Deutschlands allen nur möglichen Beistand zur Wiederaufrichtung des Landes zu gewähren. Er bemerkte, daß diese Hilfe nicht nur politischer Natur sein dürfe, sondern vor allem wirtschaftlicher Art, denn die gegenwärtige Regierung verläugere die gemäßigten Parteien in Deutschland und bilde so eine Minderzahl dafür, daß sie mit allen Kräften danach streben werde, in Europa normale Verhältnisse wieder herzustellen. Er stellt in Abrede, daß in Deutschland ein Machtkrieg vorbereitet werde, und daß sich überall im deutschen Lande geheime Waffenlager befinden. Im Gegenteil, er versichert, daß die deutsche Regierung systematisch die Entwaffnung der Bevölkerung durchführe. Die ein-

zelnen Städte und Orte werden der Reihe nach entwaffnet. Die Anlage, die gegen Deutschland wegen der Verzögerung der Kohlenablieferung erhoben wurde, widerlegt er durch den Hinweis auf die mangelhafte Ernährung in den Grubenbezirken. Ferner wies Cravath darauf hin, daß im heutigen Deutschland zwei Generationen zu unterscheiden seien: die eine, die ältere, sei der Schmach und hege keine kriegerischen Absichten mehr. Die Haltung der jüngeren Generation, von welcher die Zukunft abhängt, sei völlig von den Beschlüssen abhängig, welche die Alliierten über Deutschland treffen. Deshalb verurteilt Cravath auf das Entschiedenste die Deutschland gegenüber verfolgte Außenpolitik und erklärt, daß der Friedensvertrag mit seinen wirtschaftlichen Klauseln unausführbar sei und revidiert werden müsse. Wenn Deutschland z. B. verpfändet werde, auch nur die Summe von zehn Milliarden Dollar als Entschädigungssumme zu zahlen, so müßten die kärglich neu eingeführten Steuern in Deutschland verdoppelt werden. Dies sei aber gänzlich ausgeschlossen. Deutschland könne seinen Verpflichtungen nur nachkommen, wenn die Ausfuhr zunimmt. Die Zunahme der Ausfuhr aber stehe in engstem Zusammenhang mit der Entwidlung des russischen Marktes.

### Zum Berliner Zeitungsstreik

Berlin, 12. Okt. Wie die Abendblätter melden, ist mit den in Aussicht genommenen neuen Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes im Zeitungs- und Verlagswesen der Reichsarbeitsminister Professor Brahm beauftragt worden. Wie der „Vorwärts“ schreibt, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß beide Parteien der Aufforderung des Reichsarbeitsministeriums Folge leisten werden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die neuen Verhandlungen schon morgen beginnen werden.

13. Okt. (Eig. Draht). Die Berliner Buchdruckerorganisation hat gestern bei der Reichsorganisation die Einberufung einer Sonderkongress für kommenden Montag nachgesucht mit dem Antrag, den Streik im Buchdruckerberuf, falls die Verhandlungen bis dahin zu keinem Ergebnis geführt haben, über Berlin hinaus auszubringen.

### Bezahlung des Reichsnotopfers.

13. Okt. (Eig. Draht). In Groß-Berlin ist mit der Ausgabe der Steuerbescheide für die Reichsnotopfer begonnen worden. In der Zustellung wird die Bezahlung des Reichsnotopfers bereits für Dezember angefordert.

### Der deutsche Sieg in Kärnten.

Wien, 12. Okt. Wenn auch das amtliche Ergebnis der Abstimmung in Kärnten noch nicht vorliegt, so gibt doch die gesamte Presse der großen Freude über den Sieg Ausdruck, den nach den vorläufigen Berechnungen des Heimatsbüros die deutsche Bevölkerung errungen hat. Nach den neuesten Nachrichten aus dem Abstimmungsgebiet herrscht dort eine gewisse Benurückung über die neuerliche Verfestigung der Befestigung des Abstimmungsergebnisses auf Mittwoch oder Donnerstag, da die Gründe hierfür nicht recht zu erkennen sind. Es kommen aus der Abstimmungsgemeinde auch Meldungen über das Wiederauftreten der südslawischen Vorkämpfer.

### Wie bei uns.

Paris, 13. Okt. (W.F.B. Draht). Der Ministerrat beschloß sich heute vormittag unter dem Vorsitz Willerauds mit der fortgesetzten Preisregulierung der notwendigen Lebensmittel. Außer anderen Abwehrmaßnahmen wird ein Ausfuhrverbot für Milch, Butter, Käse und Kartoffeln erlassen werden.

### Sozialdemokratischer Parteitag.

Kassel, 11. Oktober. Am 3. Uhr eröffnete Schreiber die Sitzung. Als erster Diskussionsredner zum Bericht des Parteivorstandes sprach Rimmervall (München) über den Terror, den die Leute der U. S. P. und der K. P. D. in Bayern ausüben. Aber trotzdem, und trotz der Organe des Dr. Heim und der Organe, die auch in Bayern die sozialistische Partei ein Faktor der Macht.

Cohen (Berlin): Ein Hauptfehler unserer Außenpolitik vor und nach dem Kriege sei die sogenannte englische Einstellung gewesen, bei der sich der ganze Haß nur gegen Frankreich richtete. Die Verständigung mit Frankreich sei durch falsche Berichte erschwert worden. Marschall Foch sei für ein deutsches Völkerverein eingetreten, aber England habe uns das elende Söldnerverbot geschaffen. Direkte Verständigung mit Frankreich sei nötig.

Guard Bernstein vertret unter Hinweis auf den französischen Militarismus den entgegengegesetzten Standpunkt. Die französische sozialistische Partei sei auf dem

Wege nach Moskau. Der Bolschewismus sei nicht zum Sozialismus, sondern zum Vandalismus gekommen. Dieses Experiment könne unmöglich nachgemacht werden.

Fellisch (Chemnitz) meinte, die Regierung müsse hinweg. Durch Neuwahlen müsse eine neue Mehrheit im Reichstage geschaffen werden. Wichtige Angelegenheiten der Arbeiter gegen den Parteivorstand, weil er die Willensänderung der Arbeiter gegen die Wähler von Thal nicht genügend zum Ausdruck gebracht und in der Organisation überhand verlagert habe.

Heilmann (Berlin): Die jetzige Regierung müsse erst gestürzt werden, wenn die Massen das energisch fordern. Danach müßten alsbald Neuwahlen stattfinden. Cohen habe den Standpunkt der augenblicklich nicht erscheinenden „Wolffischen Zeitung“, der „Gazette Foch“, vertreten. Die Sozialpolitik, die Einigung des Kontinents, habe gerade Frankreich gereift durch die Unterstützung der Verlesungsbestrebungen in Bayern, Schließen und des imperialistischen Polen. Die starke Hoffnung sei der wachsende Einfluß der englischen Arbeiterpartei, während sich die französischen Sozialisten auf fallchem Wege befänden.

Dr. Wolf Braun (Franken) hielt Cohen die französische Vergewaltigungspolitik vor. Kerne Cohen nicht die Kriegspläne Frankreichs? Mond Cohen habe schon 1918 den Frieden mit Deutschland unter der Bedingung haben wollen, daß Schlesien und Belgien souveränen Gebiete werden und Deutschland dafür im Osten freie Hand behielte. (21. Erst nach dem neuen französischen Vorkriegsplan für Mond Cohen hätte die Vernichtung Deutschlands gereift. Die Hand Wilsons hätten die Deutschen auch zu spät gerufen.

Eisenhart (Hamburg) empfahl die Unterbündung und Forttimmerung des Versailles-Friedensvertrages und warnte vor der drohenden Reaktion.

Dr. Sühheim (Hinterberg) wies auf die wachsenden Reaktionsbestrebungen in Bayern hin. Begehren sei, daß Ludendorff sich in München niederlassen habe. Polizei und Sinnvermehrten in Bayern seien eine politische Gefahr. In Bayern schaffe man immer neue Agitationsstoffe für die chauvinistische Politik Frankreichs. Dr. Heim habe Bayern die Ordnungszelle in Deutschland genannt. Die von der Bayerischen Volkspartei angetriebene Minderheit der Mittelschicht würde den Abschl. Bayerns vom Reiche befehlen.

Die Debatte wurde abgebrochen und auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Kassel, 12. Okt. Vorkämpfer Müller eröffnete die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Caggerstedt (Hiel) hofft auf die Rückkehr vieler aus den Reihen der Unabhängigen zur alten Partei, will aber auf deren Führer gern verzichten.

Franz (Waldburg) lehnte den Vorstandsantrag zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ab, solange nicht alle anderen Mittel zur Sanierung der Parteifinanzen erschöpft sind. Leber (Zena) besprach die Wahlergebnisse in Thüringen.

Schäufelder (Hamburg) wünschte, daß die Partei gewisse Minimalanforderungen aufstelle, um die Begriffe zu klären. Die Mindestwahlen müßten gefestigt werden durch immer weitere Demokratisierung. Der jetzigen Regierung könne man kein zu langes Leben gönnen. Nicht Diktatur, sondern Demokratie!

Schulz (Berlin), Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, besprach die Anträge, die sich auf die Jugendbildung beziehen und die er in einem Antrage zusammenfaßt. Nachahmungsverbot sei das dänisch-schwedische Modell der Volkshochschulen, in denen 20 bis 30 junge Leute für mehrere Monate in einer weltanschaulichen Gemeinschaft zusammengestellt werden. Der Staat müsse diese gemeinsame weltanschauliche Gemeinschaft unterstützen.

Breithorn (Wieg) fordert die Unterstützung der Genossen in allen besetzten Gebieten. Demonstrationen gegen die Vergewaltigung der Entente dürfen aber nur von Leuten vorgenommen werden, die selber eine reine Welle und reine Finger hätten und nicht von Nationalisten, die für die Kriegsgreuel schuldig wären.

Die Aussprache wird durch einen Schlußantrag beendet. In seinem Schlußwort erklärt sich der Parteivorstand als im ganzen sehr zufrieden von der fastlichen Kritik an dem Bericht des Parteivorstandes. Der Referent wendet sich dann den einzelnen Anträgen zu und empfiehlt insbesondere den folgenden Antrag des Parteivorstandes:

Da das Ergebnis der Reichstagswahlen der früheren Reaktionen eine tragfähige Mehrheit nicht mehr gewährte, da eine nach rechts hin erweiterte Koalition mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht vereinbar war, da die U. S. P. D. sich weigerte, in eine zur Verwirklichung der republikanischen Einrichtungen und zur Sicherung der sozialpolitischen Erreichungen der Revolutionszeit zu bildenden Regierung einzutreten, war nach den Reichstagswahlen der Austritt der Soz. Partei aus der Regierung notwendig geworden. Der Parteitag billigt daher die Saltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung ausdrücklich. Ein

Hierzu drei Beilagen.



Weldand... nach... Interesse erfolgt... und wie stellt sich der Stand hierzu?

Vereine, Versammlungen usw. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten...

Für die Opfer der zweiten Marienfelder Explosion gingen ferner bei uns ein...

Nadorf, 13. Okt. Die Männerabteilung des Turnvereins...

Hunfelsen, 13. Okt. Der Radfahrverein Hunfelsen will wieder an die Öffentlichkeit treten...

darmerte im Bereich mit verletzten in Hufe gelang es, die Seite einzubringen...

Fest, 11. Okt. Niederträchtigkeiten. Der Gärtner Gehlan fand heute morgen seine 11 Hühner bedrückt in seinem Garten vor...

Einigungsverhandlungen im Berliner Zeitungsstreik. Berlin, 13. Okt. (W.F.B.-Dr.) Laut „Vorwärts“...

Erstellenden im Berliner Zeitungsstreik zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen...

Die Novelle zum Beamtenbeihilfengesetz. Berlin, 13. Okt. (W.F.B.-Dr.) Der „Deutsches Allgemeines Zeitung“ zufolge...

Eisenbahnanschluss in Polen. Berlin, 13. Okt. (W.F.B.-Dr.) Einer Warschauer Meldung zufolge...

Läutliche Angriffe auf Armenien. Rotterdam, 13. Okt. (W.F.B.-Dr.) Die „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel...

Stimmen aus dem Leserkreise. (Für den Inhalt des Strohbaus übernimmt die Schriftleitung den Lesern gegenüber keine Verantwortung.)

Chaussee - Landstraße. Vor den früheren Loren Oldenburg gibt es noch immer Chausseen...

Geographischer Witz. Witzeln von Paul. Schiller. Literarischer Mitarbeiter: Professor Dr. Sieberd Gmel.

Letzte Nachrichten.

Gemeinde Ohmstede.

Die Verhältnisse u. Vermögensverhältnisse der Anlagen von den Haus- u. Grundbesitzern für das Jahr 1. Mai 1920/21...

Die Hebung

Ämthcher Umfragen von den Haus- und Grundbesitzern für das Jahr 1. Mai 1920/21...

Gemeinde Osterburg.

Speisefartoffeln

Ar. Nicht-Winderbemittekt. Donnerstag, den 14. d. Mts., vormittags von 8-12 Uhr...

Englische Zigaretten

(Rizkalla Gold Flake) per Kiste M. 400.-

7 belegte Schafe, 150 km Nugholz

Wohnhäuser!

- 1. Zwei-F. Häuser, Winnenstr. u. Weststr., sofort bezugsbar. 2. Haus, Eichen, Hauptstr., m. 2 Sch. S. Gartenland...

Wurzeln und Steckrüben

Landställe

zur Größe von 15 Sch.-S. ist mit Antritt am 1. Mai 1921 durch mich zu verkaufen.

Gemeinde Ohmstede. Chmstede.

Die Verhältnisse u. Vermögensverhältnisse der Anlagen von den Haus- u. Grundbesitzern für das Jahr 1. Mai 1920/21...

Die Hebung

Ämthcher Umfragen von den Haus- und Grundbesitzern für das Jahr 1. Mai 1920/21...

Gemeinde Osterburg.

Speisefartoffeln

Ar. Nicht-Winderbemittekt. Donnerstag, den 14. d. Mts., vormittags von 8-12 Uhr...

Englische Zigaretten

(Rizkalla Gold Flake) per Kiste M. 400.-

7 belegte Schafe, 150 km Nugholz

Wohnhäuser!

- 1. Zwei-F. Häuser, Winnenstr. u. Weststr., sofort bezugsbar. 2. Haus, Eichen, Hauptstr., m. 2 Sch. S. Gartenland...

Wurzeln und Steckrüben

Landställe

zur Größe von 15 Sch.-S. ist mit Antritt am 1. Mai 1921 durch mich zu verkaufen.

Immobilien-Verkauf.

Die in Oberßen Glindekerstraße Nr. 25 u. 26 belagene Wohnhäuser mit Garten...

Landställe.

fast neue Wohn- u. Stallgeb. u. 3881 Hekt. Weideland direkt am Haupte gelegen...

Landställe.

Weideland - Verpachtung.

Neuenhof, Frau S. Wienten Wwe. zu Wambert löst

Gelegenheitskauf für Verlobte!

5 komplette Küchen

Aufwachtische

Sortmanns Rübengehälft.

Bullen

Die Stierhaltungsgenossenschaft Oldenburg löst am Sonntag, den 16. Oktober...

Empfehle mein Lager

in Leitern, Treppen, die Stufe von 6 Wart an, Wasserleitern, Schiffsstangen...

Kauf

unter günstigen Bedingungen, auch in Teilungen, abzugeben. 5000 m Feldbahnlois, 40 Muldenkipplwagen...

Miete

zu verkaufen 4 bis 5 Kanunigen

Dorf.

Anfragen unter Z. 774 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

zu verkaufen ein

Gutes Sofa

Forderungen

zu verkaufen ein

Ofen

Bullen

Ein gutes Fahrrad

TORF.

zu verkaufen ein

Gutes Sofa

Forderungen

zu verkaufen ein

Ofen

Bullen

Ein gutes Fahrrad

TORF.

# Auktion.

Ebersten, Frau Ww. Wübbendorf, icht  
Ebersten Wübbendorf, icht, läßt wegen  
Aufgabe des Hausbaus am  
Sonabend, den 16. Oktober d. Js.,  
nachmittags 2 1/2 Uhr,  
in und bei ihrer Wohnung, Heinrichstraße  
Nr. 12:

- 1 Stiege,
  - 7 Hüfner und 1 Kahn,
  - 7 Kaninchen,
  - 1 Sofa, 1 Sofa, 1 Vertiko, 1 Kommode, 2 Tische, 2 Spiegel, 1 Grotto, 1 Kleiderkasten, 1 Trümmelmaschine, 2 Vertikale, 1 vollst. Bett, 1 Matratze, 1 amerikanische Wanne, 1 Wieduhr, 3 Gartenstühle, 1 Sängelampe, und noch sonstige Hausgegenstände;
  - ferner: 1 Präd. Handwagen, 1 Präd. Handwagen, 1 Karre, 1 Barre Runderwagen, 300 Pfd. Sen u. Stro, Garten, Forten, Spaten u. s. w.
- Offentlich meistbietend verkaufen.  
Schwartzing & Gent, Oldenburg-Ebersten.

# Gartenland.

Waherfeld. Im Auftrage des Käufers  
der Besichtigung des Mauerers Herrn. Lüch-  
berg in Wöberfeld, Bremerweg, werden  
mit

6 Sch. S. ertragreiches Gartenland,  
direkt am Bremerweg in Wöberfeld, un-  
weit der Stadt gelegen, im ganzen über 10  
Pflanzungen, Obst, Wein, Getreide,  
Dreier und letzter Verkaufstermin steht  
an auf

Mittwoch, den 20. Oktober d. Js.,  
nachmittags 5 Uhr,  
in Frau's Widern's Gasthaus in Wöberfeld.  
Es erfolgt in diesem Termin Bestimmung  
der Verkaufs.

Georg Schwartzing, amt. Aukt.,  
f. Ka. Schwartzing & Gent, Ebersten-Oldb.

# Land- u. Torfstich-Verpachtung.

Sidmoslesch (Sumpfschilf-Kanal).  
Glebebesitzer Georg Kettler Ebersten-Old-  
burg lassen von ihren zu Sidmoslesch  
belegenen Ländereien am  
Donnerstag, den 21. Oktober d. Js.,  
nachmittags 6 Uhr,  
in der Wirtschaft auf der Stiege „Mö-  
lesch“,  
2 1/2 Dekar in besser Kultur befindliche  
Sumpfschilf-Ländereien am Sumpfschilf-  
kanal (neben Corbin's, Holten) belegen,  
und den vorläufigen Torfstich dalest in  
einer Breite von 90 Metern direkt am  
Sumpfschilf-Kanal,  
Offentl. meistbietend auf 3 Jahre verpachten.  
Der gewonnene Torf kann direkt ins  
Schiff verladen werden.  
Schwartzing & Gent, Oldenburg-Ebersten.

# Auktion.

Dreckschiffe. Der Landwirt Johann Bied-  
weit dal. läßt wegen Aufgabes  
Sonabend, den 23. Oktober d. Js.,  
nachmittags 2 Uhr anfangend,  
in und bei seinem Hause:

- 2 beste Kühe — belegt —
  - 2 Zuchtschweine,
  - 22 Hüfner und 2 Kähne,
  - 1 Heuraden, 3 Mischtransportwagen, 1  
Stochtopf — 100 Liter Inhalt —, 1 Wech-  
sche, 2 Karren, 2 Forten, Spaten, Eimer,  
Säcke und noch sonstige Landwirtschaf-  
tgegenstände;
  - ferner: 1 Kleiderkasten — antik —, Regu-  
lator, 2 Vertikale, 2 Tische, 1 Trümmel-  
maschine — Singer —, und noch sonstige  
häusliche Gegenstände.
- Offentlich meistbietend verkaufen.  
Schwartzing & Gent, Oldenburg-Ebersten.

# Radfahrer-Verein „Brüderschaft Moorhausen.“

Am Freitag, den  
15. Oktober, abends  
7 Uhr,  
General-  
Versammlung.  
1. Neuwahl.  
2. Aufnahme neuer  
Mitglieder.  
Erläutern des Protokoll.  
Der Vorstand.

# Radfahrer-Verein „Sunfloren.“

Am Sonntag, den  
17. Oktober,  
Versammlung  
um 6 Uhr im Ver-  
einshaus von Fr.  
Schmidt. Zutreten-  
ten werden über  
jeden Punkt zu erörtern.  
Der Vorstand.

# Das Reichsverpflegungsamt Oldenburg Schlachtvieh

(Kühe oder Rinder).  
Angebote zu jedem Montag erbeten.

# Uferland-Verpachtung in Freyenbrück.

Montag, den 18. Oktbr. d. J.,  
vormittags 8,30 Uhr,  
sollen auf dem Seimstängelände in  
Freyenbrück:  
rd. 4 ha Uferland  
in kleinen Abteilungen an Ort und Stelle  
für 1921 verpachtet werden.  
Siedlungsamt.  
Abteilung Gest. Moor.  
Oldb.

# Ländereien im Saarenfeld, Wegloh und Otterburg, Oldenburg, für Kleingärten und Bauplätze

sind durch mich zu verkaufen.  
G. Remmen, Auctionator.  
Theaterstr. 30.

# Aufgabe des Artikels Verkauf von Schulartikeln, Papier- und Galanteriewaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

So lange noch Vorrat:  
Schulhefte Stück 1 Mk.  
Ewald Waller,  
vormals G. Wallfisch, Algeanderstraße 39.

# 200 Mk. Belohnung

zähle ich demjenigen, welcher mir  
die Person namhaft macht, welche  
das unwahre Gerücht in Umlauf  
gebracht hat, ich hätte Koggen mit  
Mk. 400 à Zentner verkauft, so  
daß ich die Person gerichtlich be-  
klagen kann.  
W. Eickhorst, Sandbatten.

# Für Barbier! Rasierseife, kg 30 Mk. Wenzels Seifengeschäft, Langestr. 68.

Wenzels Seifengeschäft,  
Langestr. 68.

# Blumenhaus J. Rieder, Langestr. 61. — Fernruf 1038.

Gartenbaubetrieb: Feuerschauffe 47.  
Jetzt biig in großer Auswahl:  
Toppflanzen — Schnittblumen  
täglich frisch.  
Stauden-Kulturen.  
Große Sortenauswahl.  
Kränze, Kreis fertig zum Mitnehmen.  
Tanzunterricht M. T. Osterwind  
Die Anmeldungen für die Herbstkurse  
werden Kanalstr. 4 entgegen genommen.

# Oldenburger Möbel-Industrie Knübel & Co., G. m. b. H.

Ausstellung und Verkauf  
nur in der Fabrik, B. lüderstr. 31.  
Billige Galz-Heringe!

# prima Norweger und deutsche Galzheringe.

Bestellungen erbeten. Versand  
nach auswärts prompt.  
Heinrich Heyen,  
Seefischgroßhandlung,  
Steinweg 6.

# Wahung! Obstbaumbesitzer!

Leimringe werden sachgemäß  
gelegt durch den geprüften  
Obstbaumwärter  
Hassfurther,  
Oldenburg, Bremerchauffe 12.

# Speisefartoffeln, Industrie, Magnudonum, Uptodate, Friedrich Kraatz & Co., Schnabrück, Tel. 1484, 1839.

Am 1. November beginnt wieder ein  
Schneekursus zur Erlernung der  
Damen Schneidererei,  
Dauer desf. 4-8 Wochen, 1/2 oder ganze  
Tage, 4 mal wöchentlich.  
Frau Horrmeyer, Rosenstr. 12.

# ausgefämmtes Frauenhaar. G. Umlauf Ww., Ede Grünelstraße.

Anfertigung aller  
!! modernen Haararbeiten !!  
G. Umlauf Ww.,  
Ede Grünelstr.,  
Heiligengeiststraße.

# Nachhilfe im Stenogramm.

für Quinlaner ge-  
sucht. Angebote er-  
beten unter Nr. 762  
an die Geschäfts-  
St. 21.  
Wo t. ja. Wübbendorf  
das Schreiben lernen?  
Siedbuer Straße 26.  
Empfehle mich zum  
Hausaufgabent u.  
Wurimachen.  
Ein Käufer für  
Schweine  
zum Schlachten und  
Weiterfüttern.  
Euno Wolf,  
Raboth, Kreenstr.

# Oldenburger Landestheater.

Mittwoch, 13. Okt.  
(vollst. Abn.) „Die  
Stein.“: „Witt's Frau.“  
Küßspiel in 3 Akten  
von Steinmann und  
Schwarz. Anfg. 7,30  
Uhr.  
Donnerstag, d. 14.  
Okt. (22. Vorstellung  
im Abn.) „Die  
Frau im Harem.“  
(außer Abn.) „Die  
Waise.“ Fragment  
von Büchner. Anfgang  
8 Uhr.  
Sonabend, d. 16.  
Okt. (24. Vorstellung  
im Abn.) „Die  
Frau im Harem.“  
Anfgang 7,30 Uhr.  
Freitag, 15. Okt.  
(außer Abn.) „Die  
Waise.“ Fragment  
von Büchner. Anfgang  
8 Uhr.  
Sonntag, 17. Okt.  
(außer Abn.) „Die  
Waise.“ Fragment  
von Büchner. Anfgang  
7 Uhr.

# Städtische Theater in Bremen.

Stadt-Theater a. Ball  
Mittwoch, 13. Ok-  
tober, abends 7 Uhr:  
(Schlossene Vorstel-  
lung) „Der sieg-  
reiche König.“  
Donnerstag, d. 14.  
Oktober, abds. 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Freitag, 15. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Sonntag, 17. Okt.  
vormittags 11 Uhr:  
„Die drei Könige.“  
Nachmitt. 2,30 Uhr:  
„Die drei Könige.“  
Abds. 7 1/2 Uhr: „Zan-  
häuser und der Za-  
uberling auf War-  
burg.“  
Montag, 18. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Dienstag, 19. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Mittwoch, 20. Ok-  
tober, abds. 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“

# Stadt-Theater an der Weide (Zwölfl).

Mittwoch, 13. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Das Dreimäderl-  
chen.“  
Donnerstag, d. 14.  
Okt. abends 7 1/2  
Uhr: „Maria Stuart.“  
(Schlossene Vorstel-  
lung) „Die drei  
Könige.“  
Freitag, 15. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Sonabend, d. 16.  
Okt. abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Sonntag, 17. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Montag, 18. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Dienstag, 19. Ok-  
tober, abds. 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“  
Mittwoch, 20. Ok-  
tober, abends 7 1/2  
Uhr: „Die drei  
Könige.“

# Heiratsgesuche

Viele verm. Dam. w.  
sich d. gl. zu ver-  
heiraten, w. a. ohne N., e.  
st. Aust. d. „Union“  
Berlin, Postamt 37.  
Jünger Mann, 37  
Jahre, handwerk, in  
eigen. Geschäft, sucht  
die Bekanntschaft ein.  
neuen jungen Dame.  
Bitte ohne Anhang  
nicht ausgeschloffen.  
Angebot unter Nr. 3720  
an die Filiale Kan-  
gestraße 45.

# Stiefschwarz Reformschwarz Aufbärtschwarz und Blauschwarz in allen Farben

Fr. Spanhake,  
Langestr. 48,  
beim Rathaus.

# Junges Mädchen, 28 Jahre, Baarmer- töchter, in guten Ver- hältnissen, jed. ohne Verlobung, würde sich zu verheiraten mit Herrn in guter Stel- lung. Bewerber nicht ausgeschlossen. Ange- bote mit Bild erbeten unter Nr. 200 postla- gernd Wilhelmshab.

# Frauenarzt Dr. Thorbecke, Bremen, Löhninger. 23.

# Familien-Nachrichten

## Bermählungs-Anzeigen.

Ihre am 8. Okt. vollzogene Vermählung  
beehren sich anzugeben  
Georg Bövers und Frau  
Räthe geb. Willers.  
Ebersten bei Oldenburg.

Ihre am 8. Okt. vollzogene Vermählung  
geben bekannt  
Hinz. Witte jun. u. Frau  
Martha geb. Koch.  
Sarsierweg 6, Brate, im Oktober 1920

## Geurts-Anzeigen.

Am 11. Oktober 1920 sog ein kleiner, gesunder  
Röbe Bruns  
ins Parhaus zu Minsen ein!  
In dankbarer Freude  
C. Bruns, Vakanzpreu-  
und Frau Nina geb. Freitag

In herzlichster Freude zeigen wir die glück-  
liche Geburt unseres  
Jungen  
Georg Liebiger und Frau  
Emma geb. Kadowig.  
Samburg, den 12. Oktober 1920.

## Todes-Anzeigen.

Statt besonderer Anzeige.  
Heute abend entschlief nach  
kurzer, schwerer Krankheit,  
nachdem er 8 1/2 Jahre die  
Leiden des Krieges in eng-  
lischer Gefangenhaft erduldet, mein  
lieber, guter Mann, mein treuer  
Vater, unser lieber Schwiegerohn,  
Schwager und Onkel,  
Kapitän  
Carl Jülfs  
im Alter von 59 Jahren.  
In tiefer Trauer  
Frieda Jülfs geb. tom Dieck  
Carla Jülfs.  
Gisfelde, den 10. Oktober 1920.  
Die Beerdigung findet am Don-  
nerstag, den 14. Oktober, nachm.  
4 1/2 Uhr, statt. Vorher Traueran-  
dacht im Hause.

## Ohnische-Waterende.

Am 11. Oktober entschlief sanft  
nach kurzer, heftiger Krankheit unter  
lieber, unvergessliche Tochter und  
Schwester  
Johanne  
im blühenden Alter von fast 16  
Jahren.  
In tiefer Trauer  
Hied. Delfen und Frau  
Sophiegeb. Meyer nebst Kindern.  
Beerdigung am Sonabend, den  
16. Oktober, nachm. 3 Uhr, vom  
R.-F.-L.-Hospital aus über Donner-  
schewe auf dem Ohmsteder Kirchhof.

## Dankfügungen.

Statt Karten.  
Für die uns anlässlich unserer Vermählung,  
erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir  
unseren  
herzlichsten Dank.  
Gans von Langen und Frau  
Erna geb. Kahl.  
Sever, im Oktober 1920, St. Annenstr. 12

## Ehrenerkllärung.

Oldendorf, die Be-  
scheidigung, die wir  
gegen Georg Adolph  
jun. zu Oldendorf 3  
ausgesprochen haben,  
nehmen wir hiermit  
zurück.  
Anton Becker,  
Dermann Adolphs,  
Joh. Zimmemann.  
Donnerschewe, Emp-  
fende mit zum  
Hausaufgabent.  
Chr. Wraga und  
Andr.  
Mittwoch, den  
10. Okt. 1920.

# 1. Beilage

zu Nr. 229 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Mittwoch, 13. Oktober 1920.

## Städtische Angelegenheiten.

### Bekämpfung der Wohnungsnot.

Oldenburg, 13. Oktober.

Magistrat, Gesamtsabrat und Stadtrat hielten gestern Abend unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. Meyer eine Sitzung ab. Der Vorsitzende, stellv. Referendar Dr. Schauburg vor dem Magistrat zu Ausbildungszwecken zugeteilt worden ist. Ueber die Vergütung für die städtischen Angestellten haben wir in der Sonntagsnummer berichtet. Der Stadtrat stimmt folgendem Antrage zu: „Gesamtsabrat und Stadtrat wollen unter Aufhebung ihres Beschlusses vom 7. September 1920 den Magistrat ermächtigen, den Reichsstarif für Behördenangestellte mit den vorstehend angeführten Veränderungen auf die städtischen Angestellten in Anwendung zu bringen.“

### Bekämpfung der Wohnungsnot

haben die „Nachrichten“ in der Sonntagsnummer berichtet. Es liegt dazu folgender Antrag vor: Der Gesamtsabrat wolle: a) 310 000 M. für die im Jahre 1919/20 hergerichteten Wohnwohnungen, b) 345 700 M. für den Umbau und Umbau von Logatenbaracken nachstehenden und wolle c) 495 000 M. für die weitere Bekämpfung der Wohnungsnot zur Verfügung stellen.

St. M. zum Bützel ist verwundert, daß der Stadtrat wieder vor so große Voranschlagsüberschreitungen gestellt werde. Der Stadtrat küßt nicht zu einer

### Beaufichtigungsmaschine

werden. Die Wohnungsfrage habe in der Bürgerschaft große Unzufriedenheit hervorgerufen. Den Klagen müsse nachgegangen werden. Das Wohnungsamt könne die ihm zugewiesenen Aufgaben in der jetzigen Zusammenfassung kaum erfüllen. Es fehle schäblich an der einheitlichen Leitung. Es genüge nicht, daß vor- und nachmittags je eine Sprechstunde angelegt werde. Das Wohnungsamt müsse großzügiger gehalten werden. Ferner hat Redner den Einwand, daß es an festen Grundflächen für die Mietpreise fehle. Wenn willkürlich gearbeitet werde, führe das zu Unfittigkeiten. Auch für die Wohnwohnungen müsse eine ausreichende Miete festgesetzt werden. Die Allgemeinheit dürfe nicht dazu herangezogen werden, um die Mieten in möglichen Grenzen zu erhalten. Man wolle gern denen helfen, die keine Wohnung haben, aber die Interessen der Stadt müßten unbedingt gewahrt werden.

### Die Anlage in Odenriedel

hat Redner bestritten und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es für die Siedler mit großen Schwierigkeiten verbunden sein wird, dort zu erträglichen Verhältnissen zu kommen. Die Bewirtschaftung eines Acker in der Größe von einem halben Hektar erfordert viel Arbeit. Die städtischen Mittel, die dafür aufgewendet werden sollten, dürften einen großen Umfang nicht annehmen. Man müsse jedenfalls sorgsam prüfen, ob die Anlage für die Stadt eine wesentliche Entlastung bringen werde. Der Oberbürgermeister stimmt dem Korrespondenten in den meisten Punkten zu. Auch der Magistrat ist mit der jetzigen Organisation des Wohnungsamts nicht zufrieden. Sobald eine geeignete Persönlichkeit gefunden worden sei, werde eine Reorganisation vorgenommen werden. Mit Bezug auf Odenriedel teilt Redner mit, daß sich schon viele Bewerber gemeldet haben, darunter viele Bewohner der Stadt Oldenburg. Er ist der Meinung, daß die Siedelung in hohem Maße zur Entlastung der Wohnnot in der Stadt Oldenburg dienen wird. St. M. Quatmann tritt für, daß Personen von auswärts hier Wohnungen erhalten haben, für die ein Bedürfnis nicht vorhanden. Der Zugang von auswärts müsse nach Möglichkeit verhindert werden. — Ratsherr Janßen schlägt vor, die Odenriedelfrage in einer besonderen Sitzung zu behandeln. — Der Oberbürgermeister erwidert Herrn Quatmann, daß

### die Zugangsgenehmigung sehr streng gehandhabt

werde. — St. M. zum Bützel teilt mit, daß ein Bauunternehmer sich bereit erklärt hat, 12 Einfamilienhäuser zu bauen, wenn ihm die städtischen Bauaufsichtsstellen gewährt werden. Redner glaubt, daß dieser Weg beschritten werden müsse. Die private Bauwirtschaft müsse angeregt werden. Zwangsweise Einquartierung sei eine mißliche Sache, aber vielleicht sei es ein gangbarer Weg, daß solchen besitzlosen Familien, die keine Zwangsquartierung wünschen, Einmieten gegeben werde, für eine Wohnung zu sorgen. — St. M. von Eggern fragt, ob sich der Magistrat schon mit einer

### Wohnungszugsteuer

beschäftigt hat. — St. M. Peters regt an, für die Zimmer, die nicht unbedingt gebraucht werden, eine Luxussteuer zu erheben. Er glaubt nicht, daß die geplanten 12 Einfamilienhäuser am Rummelweg das richtige sei, da es dort an Gartenland fehle.

St. M. Wulfoffer hält die Anlage in Odenriedel für ideal, er wünscht Besprechung in einer besonderen Sitzung. Redner ist weiter mit Herrn zum Bützel der Meinung, daß die private Bauwirtschaft in der Stadt gefördert werden müsse. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß der Magistrat sich schon mit der Wohnungszugsteuer beschäftigt habe. — St. M. Warns schlägt vor,

### von den Bauunternehmern Offerten einholen

über die Herstellung billiger neuer Wohnungen. Dann kann man vergleichen, wo das städtische Geld am besten angelegt werde. — Der Vorsitzende freut sich, daß das Wohnungsamt neu besetzt werden soll. Daß man den Posten nicht wieder besetzt habe, sei Parlamentsamt am falschen Platz gewesen. Von der Anstellung einer städtischen jungen Kraft im Magistrat verspricht sich Redner sehr viel. Es dürfe zwar nicht ein ganz junger Mann sein, sondern einer, der sich schon Wind um die Duren wehen ließ. Von der Reichs-Wohnungsmittelsteuer erhofft Redner nicht viel, aber anders sei es mit einer kommunalen Wohnungszugsteuer. Man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß sich

### die Wohnungsmieten auf die Dauer nicht künstlich niedrig erhalten

lassen. Wenn der Magistrat für die Wohnwohnungen 10 Prozent des Mietwertes erhebe, dann sei das viel zu wenig; man müsse mindestens 10 Prozent des aufgewendeten Kapitals fordern. Redner kann sich des Einbruchs nicht erwehren, daß die Wohnungsfrage unter einer gewissen Analoie leide. Wenn die Miete nicht erhöht würde, seien die Hausbesitzer nicht mehr in der Lage, die notwendigen Reparaturen an den Häusern vornehmen zu lassen. „So geht es nicht weiter!“ Die Anlage in Odenriedel ist ihm an sich sehr sympathisch, wie er alles mit Freuden begrüßt, was zur Linderung der Wohnungsnot dient. Aber der ganze Plan ist ihm noch zu unrett. Solche Spinnenweben, wie sie in Odenriedel geplant seien, könnte den Wohnungsuchenden kaum zugemutet werden, die seien ja noch schlimmer als

### Indianer-Wigwams

Die Baupläne müßten sachmännlich durchgearbeitet werden. Baurat Linde sei nach Ansicht von Fachleuten ein blutiger Dilettant in der Sache. — St. M. zum Bützel hält ebenfalls die sachmännliche Durcharbeitung der Pläne für notwendig. — Der Oberbürgermeister kann nicht zugeben, daß Baurat Linde ein Dilettant ist; er habe in bezug auf Wohnungsbauteile viele Erfahrungen hinter sich. Die sachmännliche Durchführung der Pläne sei zwar notwendig, werde aber auch von Baurat Linde gewünscht. — Ratsherr Janßen bedauert sehr, daß ein so hartes Urteil über Baurat Linde gefällt worden ist. Er habe reiche Erfahrungen in bezug auf den Wohnungsbau. In Siedlungsfragen sei

### Baurat Linde einer der maßgebendsten Kräfte in Oldenburg

Persönlich hat Redner kein Interesse an der Anlage, ebenso Baurat Linde nicht. Sie arbeiten beide nur im Interesse der Allgemeinheit. Wenn man nicht unterstützt werde, lasse man das Projekt einfach fallen. Schon einmal habe er gebeten, die Frage in einer besonderen Sitzung durchzuberaten. Durch eine solche Behandlung wie heute werde das Projekt nur diskreditiert. Redner kann nicht zugeben, daß die Wohnungen schlimmer sind als Indianer-Wigwams. Selbstverständlich müsse man heute in bezug auf die Wohnungen bescheiden werden. 300 Arbeiterfamilien seien schon für Odenriedel vor. — Der Syndikus dankt für die Anregungen, die in bezug auf die Abstellung der Wohnungsnot gegeben worden sind. Auch er ist der Meinung, daß die private Bauwirtschaft wieder in Fluß kommen muß. Der Staat könne vielleicht billiges Bauholz zur Verfügung stellen, ebenso könne man daran denken, andere Baustoffe aus dem Selbstkostenpreis herzugeben. Das sei immer noch besser als die Herabgabe von baren Geldmitteln, was für Staat und Kommune auf die Dauer nicht möglich sei. Die Architekten möchten mit billigen Bauprojekten hervortreten. — Ratsherr Janßen stimmt in bezug auf die Beurteilung des Baurats Linde mit Ratsherr Janßen überein. Herr Linde sei kein Dilettant. Redner hat den Einwand, daß die Kreise, die ein solch hartes Urteil über jenen Herrn gefällt haben, andere Interessen in bezug auf die Wohnungsfrage haben. Persönliche Interessen scheinen dabei eine Rolle zu spielen. — Stadtratsmitglied Dr. Meyer gibt den Vorsitz ab und wiederholt dann noch einmal seine ersten Ausführungen. Er konstatiert, daß der Ausdruck „blutiger Dilettant“ nicht von ihm stammt. Er kann sich kein Urteil über die Berechtigung des Ausdrucks erlauben. Den

### Ausdruck „Indianer-Wigwams“ gibt Redner preis,

aber er versteht nicht, daß es möglich sein wird, aus dem Paraden brauchbare Wohnungen zu schaffen. — St. M. Quatmann hat bei der Besichtigung des Torwerkes in Meins-Edarrel von dem Direktor des Werkes gehört, daß er infolge, ein vierräumiges Haus für 30 000 M. zu schaffen, und bereit sei, in der Stadt Oldenburg ein solches Haus herzustellen. — Ratsherr Janßen stellt die Ausarbeitung der Skizzen zu Wohnungen in Aussicht. Das Urteil werde dann wohl ein anderes werden. Redner stellt mit Befriedigung fest, daß Dr. Meyer seine ersten Ausführungen über Baurat Linde und das Projekt wesentlich eingeschränkt bzw. preisgegeben hat. — St. M. Dr. Meyer erklärt, er habe ein Urteil über Baurat Linde gefällt, folglich auch nicht eingeschränkt; er hat nur wiedergegeben, was ein anderer Herr zu ihm gesagt hat. — Ratsherr Janßen bittet an dieser Stelle den betreffenden Fachmann, sich besser zu unterrichten, bevor er solche Urteile abgibt, die falsch sind. — An der weiteren Debatte beteiligen sich der Oberbürgermeister, St. M. Köster (der nicht sehr von der Anlage in Odenriedel begeistert ist), zum Bützel, Lehberger, der den Vorsitz wieder an Dr. Meyer abgegeben hat, konstatiert, daß sich

### Stadtrat und Magistrat einig

darin sind, daß alles geschehen muß, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Ratsherr Janßen werde mit seinen großen eigenen Projekten viel Verkehr haben. Die Einzelheiten würden demnach in einer besonderen Sitzung durchberaten werden.

Die Anträge werden darauf angenommen. Da die Anlage nach Steingarten Land insofern der Feuerung bedeutend angemessener ist, wird beschloffen, ein erforderliches Land im Einverständnis mit dem Kreisbauausschuß im Wege der Zwangsabtretung zu beschaffen, und der Magistrat bevollmächtigt, die hierfür nötigen Anordnungen zu treffen und durchzuführen.

St. M. Wulfoffer meint, man dürfe nur soviel Land verpachten, als zum Hausbedarf notwendig sei, damit nicht eine kaufmännische Ausnutzung solcher Gärten möglich ist. — In ähnlichem Sinne äußerte sich St. M. Grun d. — Stadtratsrat Roca konstatiert, daß im Durchschnitt nicht mehr als 400

Quadratmeter an die Familien verpachtet werden. Viel Land habe man nicht mehr zur Verfügung. — St. M. von Eggern stellt den Antrag, daß eine Zwangsabtretung mit erfolgen kann, wenn der Eigentümer es nicht für seinen eigenen Bedarf braucht. — Stadtratsrat Roca warnt dringend davor, die gesetzlichen Bestimmungen noch zu verschärfen. — St. M. Köster meint, wenn man den Antrag von Eggern annehme, werde man überhaupt kein Land mehr bekommen. — An der weiteren Debatte beteiligen sich die St. M. zum Bützel, Lehberger, Dr. Meyer, Ratsherr Janßen. — St. M. Wulfoffer kommt dabei auf den Viehmarkt zu sprechen, der hier unbedingt bleiben müsse, deshalb solle man ja schonend mit den Weiden umgehen.

Der Magistratsantrag wird angenommen. Der Antrag von Eggern gegen eine Stimme abgelehnt.

Vom Geschäftsausfluß des Stadtrats werden folgende Personen als ordentliche Mitglieder und als Ersatzmitglieder der

### Steuerausschüsse

#### vorgeschlagen:

1. Steuerbezirk I. 1. Rentner D. Hardewitz, 2. Uhrmacher Adolf Harns, 3. Fabrikant August Dittmer, 4. Rentner D. Wahnbed, 5. Kranenoffenbauarbeiter Dietrich Peters, 6. Polizeiobersekretär Andreas Reumeyer.
  2. Steuerbezirk II. 1. Wirkknecht L. Schröder, 2. Kaufmann Franz Reberbock, 3. Eisenbahnsekretär Fr. Brenner, 4. Kranenoffenbauarbeiter Karl Hoops, 5. Kaufmann Wlgh. Nieberg, 6. Tischlermeister F. Griffler.
  3. Steuerbezirk III. 1. Bauunternehmer Heinrich Mönning, 2. Landmann Johann Wienten, 3. Kaufmann Hermann Selms, 4. Lehrer Fritz Wähmann, 5. Schriftföher Alois Roth, 6. Schlichtermeister Joh. Paeh.
  4. Als Ersatzmitglieder. 1. Kaufmann L. Wulfoffer, 2. Buchhalter Karl Danemann, 3. Maurer Martin Köpfer, 4. Malermeister Hnr. Kippen, 5. Kaufmann Otto Kröger, 6. Schneidermeister Herm. Nielson.
- Dem Antrag wird zugestimmt.

### Kleine Verlagen.

Als Armenrat werden Rentner Hermann Bunne-mann, Auguststraße 66, und Wirt Johannes Baumann, Donnerstörmer Straße 54, gewählt.

Der Erweiterung der Brunnenanlage des Wasserwerks in Donnerschwee, worüber wir berichtet, wird zugestimmt.

Für die Instandsetzung der früheren Donnerschwee Schule werden 1100 Mark für die Einrichtung eines Raumes für eine Durchreisende in der Herbergs zur Heimat 3800 Mark für die Anschaffung eines neuen Waschtischmantels in der Dienstwohnung in der katholischen Schule 500 Mark für die Instandsetzung des Fortbildungsschulsaales an der Wallstraße 3000 Mark, für die Instandsetzung der Dächer der Stadtmadenschule A 7000 Mark, bewilligt. Für die Gas- und Wasserleitungen auf dem Gelände der Kriegerheimstättenbau-Gesellschaft werden aus der Kasse des Gaswerks 10 200 Mark, aus der Kasse des Wasserwerks 16 600 Mark, bewilligt. — Markthof Wienten und Händler Joseph Gries werden als Pflanzger für die Bedienung der städtischen Markthallenangeleitet.

An Stelle des verstorbenen St. M. Wintler wählte der Stadtrat St. M. Schreiß in den Schreiber Ausschuss, in den Bau-, Wohnungs- und Schloßgartenausschuß. St. M. Schwoon, in den Sparkassenvorstand St. M. Wulfoffer. Die übrigen Ausschüsse bleiben vorläufig unbesetzt. Schluß der Sitzung um 9 Uhr.

## Verfallunggebende landeskirchen-verammlung.

Am Samstag wurde mit dem zweiten Abschnitt begonnen, der von der Kirchgemeinde handelt. Die ersten Paragraphen wurden ohne Debatte angenommen. Eine Erweiterung einharmig sich erst bei den §§ 14 und 15. Für die schluß der Ausschuss folgende Fassung vor:

Evangelische Christen, die im Bezirk einer Kirchengemeinde ihren Wohnsitz haben und nicht Mitglieder der Landeskirche sind, genießen die Rechte der Mitglieder der Kirchengemeinde, so lange sie die damit verbundenen Pflichten erfüllen.

Daselbe gilt für evangelisch-orthodoxe Christen und evangelische Christen nicht lutherischen Bekenntnisses, die sich im Bezirk einer Kirchengemeinde aufhalten, ohne hier ihren Wohnsitz zu haben.

Der Oberkirchenrat erklärt durch den Präsidenten v. Finckh, daß er gegen diese Formulierung ernste Bedenken habe. Wenn man die Fassung des Entwurfs nicht wolle, so möge man lieber diese Paragraphen streichen. — In die Debatte greifen die Abg. Meyer-Delmenhorst, Zuber, Stühreberg, D.M. Dr. Tilmann, Widenz und Althorn ein. Bei der Abstimmung wird die vom Ausschuss vorgeschlagene Fassung angenommen.

Die nächsten Paragraphen werden ohne weiteres angenommen, bis der § 19, der vom Stimmrecht spricht, die Gemüter wieder erregt. Die Mehrheit des Ausschusses hat Geraldung des Palastiers von 25 auf 20 Jahre beantragt. Für die Mehrheit spricht Abg. Zuber: Die Jugend ist in kirchlichen Dingen viel besser unterrichtet (Religions- und Konfirmationsunterricht) als in den schwierigen politischen. Die jungen Leute betreten vielfach mit 20 Jahren. Die Kirche nimmt ihre Eben ein. Erklärt sie also für mündig. Die Kirche taugt die Kinder der jugendlichen Mütter. Werden sie so auf verlässliche Weise für mündig erklärt, so darf man ihnen nicht noch das Wahlrecht vorenthalten. Es sind durchaus nicht nur allgemeine, sondern auch kirchliche Gründe, die den Ausschuss zu seinem Antrag veranlaßt haben.

Abg. Siem er (Berichterstatter der Minorität): Der einzige Grund, der für die Verleihung des Wahlrechts mit 20 Jahren sprechen könnte, wäre der, daß den Jugendlichen dieses Recht vom Staate schon verliehen ist. Aber wer eine kirchliche Maßregel für verfehlt hält, sollte sie doch nicht

Wachmachen! Die anderen Gründe des Vorredners erscheinen ihm nicht stichhaltig. Das Wahrecht liegt gerade in kirchlichen Dingen eine gewisse Weise voraus. Daß die Jugend das Wahrecht schmerzlich empfinden würde, hält Redner für Überheißung des Wahrechts. Wer mit dem Herzen am Christentum hängt, wird sich dadurch an ihm nicht irremachen lassen, daß er nicht wählen kann.

D.R.N. Iben schließt sich den Ausführungen Siemers an. Er weist insbesondere auf die auffallend geringe Wahlbeteiligung der 20-Jährigen bei der Wahl zur Nationalversammlung hin. Die Gründe, die den Redner bewegen, mit dem Wahlfalter nicht bis zum 20. Jahre hinabzugehen, liegen ihm tiefer: er erinnert an einen, der für das öffentliche Leben bestimmt war, wie nur einer. Aber der wartete bis zum 30. Lebensjahre. So lange blieb er Zimmermannsgeselle bei seinem Vater und drängte all das Sükumen seines inneren Lebens bis dahin zurück!

Dann sprach noch für Herabsetzung des Wahlfalters: Stühnenberg, Fr. Oltmanns, Mulling, Warner, J. B. eken. Bei der Abstimmung erhält der Antrag 26 Stimmen von 40; der Winderheitsantrag (Wahlfalter 25 Jahre) 13 Stimmen.

Beim nächsten Paragraphen entspann sich eine Auseinandersetzung über die Bestimmungen, durch die Gemeindeglieder von Stimmgerecht aus geschlossen werden können. Insbesondere darüber, ob die Nichtzahlung kirchlicher Vorschriften ein Grund für Ausschluß vom Stimmgerecht sein soll.

Gegen diese Bestimmung wandte sich besonders der Abg. Medrow: Es würde doch kaum vorkommen, daß einer seine Pflichten gegen die Kirche verüme, der die allerschwerste Pflicht der Steuerzahlung erfülle. Auch Fr. Oltmanns sprach gegen diese Bestimmung: Es könnten doch Gewissensgründe maßgebend sein, die eine Veräußerung der kirchlichen Pflichten mit sich brächten. Für die Bestimmung sprachen D.R.N. Iben, Abg. Willens, Abg. Siemer, D.R.N. Dr. T. Ilemann. Bei der Abstimmung wurde die Streichung der Bestimmung abgelehnt.

Da die Zeit nicht mehr reichte, den Abschnitt „Kirchenverteilung“ zu erledigen, wurden nun noch über die ersten Paragraphen aus dem Abschnitt III: Pfarramt, verhandelt. Zusammenfassend sei darüber berichtet, daß die ersten Paragraphen im wesentlichen angenommen wurden.

Am § 53 wurde die amtliche Kreiskonferenz gestrichen und diesem § noch dem Ausschussantrag folgende Fassung gegeben: Die Landeskirche macht dem Pfarrer zur Pflicht, die ihm dargebotenen Mittel und Anregungen zu seiner wissenschaftlichen und praktischen Fortbildung zu benutzen. Hierfür sind vom D.R.N. Einrichtungen zu treffen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 10 Minuten. Nächste Sitzung Dienstag, 9 Uhr, im Zivilkassino.

6. Sitzung am Dienstag, 12. Oktober, vorm. 9 Uhr, im Zivilkassino.

Präsident: Gramberg. Anwesend 40 Abgeordnete. Am Tisch des Oberkirchenrats: Präsident v. Finckh, D.R.N. Dr. T. Ilemann, D.R.N. Iben, Landrat a. D. Augend. Das Eingangsgesetz spricht Abg. Willens.

Nach Verlesung der Eingänge schlägt Präsident v. Finckh vor, den § 164 (Wahl des Oberkirchenrats) aus der Vorlesung herauszunehmen und als ein besonderes Gesetz vorher zu verhandeln, um so alsbald die gesetzliche Grundlage zu schaffen für die Wahl des Oberkirchenrats durch die Landeskirchenversammlung. Der Vorschlag wird dem Verfassungsausschuss übergeben.

Dann wird beschlossen, wegen des bevorstehenden Entschlusses der Landeskirchenversammlung von Donnerstagmittag bis Montagmorgen zu vertagen.

Sodann wird in der Beratung der Verfassung fortgefahren. § 55 bestimmt, daß auf einen Pfarrer möglichst nicht mehr als 4000 Seelen entfallen sollen. Die Mehrheit des Ausschusses bestimmet diese Bestimmung; die Winderheit wünscht den Einsat: „in den Städten nicht mehr als 6000“, da sonst ein Ziel aufgestellt werde, das sich in städtischen Verhältnissen nicht verwirklichen lasse. Für die Mehrheit spricht Abg. Willens, für die Winderheit Abg. J. B. eken. Letzterer betont, daß in den Städten die meisten Wege für den Pfarrer verfallen, und daß es eine eigenartige Summation an die städtischen Gemeinden lie, wenn sie die Pfarrer in dem Maße vermehren sollten, wie § 55 vorsieht. Im selben Sinne sprechen die Abg. Medrow, Med v. Edelmannshorst, Meier, Boog. Für den Winderheitsantrag spricht außer dem Berichterstatter Abg. Deiken.

D.R.N. Iben gibt eine Uebersicht über die Größe der einzelnen Gemeinden. Demnach gibt es bei uns sechs Gemeinden mit 4—6000 Seelen; 4: bis 7000; 2: bis 8000; 1: bis 10 000; 6: über 10 000; 30: unter 1000; 18: unter 500; 14: bis 1500; 8: bis 2000; 13: 2—3000; 9: 3—4000.

D.R.N. Dr. T. Ilemann weist darauf hin, daß der Vergleich zwischen Stadt und Land so ohne weiteres nicht stimmt: In städtischen Gemeinden sind z. B. die Krankenhäuser zu verfolgen. Außerdem sei die Plutuation der städtischen Bevölkerung ein sehr starkes Hindernis in der Seelsorge. Der Winderheitsantrag reide nur mit dem gegenwärtigen Zustand. Aber der sei doch gänzlich anormal!

Bei der Abstimmung erhält der Winderheitsantrag 21 Stimmen (von 40), der Mehrheitssantrag: 19 Stimmen.

Zu beschließen ist vom Ausschuss noch eine Entscheidung über die Zusammensetzung der Landeskirchenversammlung von Pfarrstellen kleiner Gemeinden möglichst Bedacht zu nehmen. Abg. Giebelmann: Die Entscheidung kann nur den Zweck verfolgen, zu erreichen, daß „Bedacht nehmen“ des D.R.N. in dieser Hinsicht ein wenig rücksichtloser verfaßt wird als bisher.

Abg. Medrow bittet, in dieser Hinsicht doch sehr vorsichtig zu sein. Das kirchliche Leben geht zurück, wenn eine Gemeinde keinen Pfarrer mehr hat.

D.R.N. Iben stellt auf Grund einer vom D.R.N. angelegten Umfrage an alle Gemeinden des Landes fest, daß diese fast alle sich bereit erklärt haben zu den geforderten höheren Umlagen, um nur ihre Selbstständigkeit zu wahren. Respektiert man diesen Willen der Gemeinden nicht, so schafft man nur Unzufriedenheit.

Darauf wird die Entschließung des Ausschusses einstimmig angenommen.

Die nächsten Paragraphen sind vom Ausschuss zur Annahme empfohlen. Zu § 60, betr. Pfarrerwahl nimmt der Berichterstatter, Abg. A. H. I. o. r. n., das Wort: Er betont, daß über diesen Punkt besonders eingehende Beratungen

im Ausschuss stattgefunden haben, die Wohl alle gesetzlichen Möglichkeiten von der Ernennung durch die Oberbehörde an bis zur reinen Wahl durch die Gemeinde selbst erwogen haben. Man hat eingehend darüber verhandelt, ob die Pfarrernwahl, die ihre großen Schattenseiten hat, nicht durch anderes ersetzt werden könnte — glaubt aber doch, dieses Recht den Gemeinden nicht nehmen zu sollen. Auch an der 2/3-Mehrheit glaubte man festhalten zu wollen.

D.R.N. Dr. T. Ilemann vertritt, daß auch im D.R.N. alle diesbezüglichen Möglichkeiten eingehend erwogen sind. Wenn aus der Verammlung heraus der Wunsch geäußert würde, die Wahl zu befestigen, so stände der D.R.N. dem sehr sympathisch gegenüber, im anderen Falle aber ist nach seiner Ansicht die Wahl beizubehalten. Wenn aber das Wahrecht allgemein beibehalten wird, so ist zu beachten, daß man dann die Oberbehörde nicht dafür verantwortlich machen kann, wenn nicht überall der rechte Mann an rechter Stelle steht.

Nachdem noch einige Abgeordnete zu der Frage gesprochen haben, ob vielleicht für die Wahl Texte vorzuschreiben seien, wird auf Antrag von Abg. Giebelmann die Aussprache geschlossen und der Paragraph angenommen. Ebenso ist folgender Paragraphen.

Bei § 61 geht dann wieder lebhaftest Besprechung ein: Vererbbarkeit der Pfarrer gegen ihren Willen in besonderen Ausnahmefällen. Der Ausschuss stellt dazu drei Urträge:

1. Winderheit (Berichterstatter Abg. Siemer): Der Passus ist zu streichen. Wenn Fälle, wie in diesem Paragraphen angenommen, eintreten, wenn also ein erpriestliches Arbeiten eines Pfarrers in seiner Gemeinde nicht mehr möglich ist, so wird er auch von selbst gehen. Tut er das nicht, so darf man ihn nicht in eine andere Gemeinde sükunden, sondern mühte ihn auf Wartegel setzen. So beantragt die 2. Winderheit (Berichterstatter Abg. Gramberg, Odenburg).

Die 3. Winderheit beantragt unveränderte Annahme. Abg. Giebelmann weist darauf hin, daß dieser Paragraph durch sein bloßes Dasein wirken solle, ihm komme in erster Linie prohibitive Bedeutung zu. Die Weibten der Vorredner werden von ihm widerlegt.

Nachdem noch verschiedene Redner sich für und gegen ausgesprochen haben, betonen Präsident v. Finckh und auch D.R.N. Dr. T. Ilemann, daß es sich um ein Entweder—Oder handle: Man müsse den Paragraphen nehmen oder er ist, oder ihn ablehnen. Das Gehen auf Wartegel sehe ein Disziplinverbot voraus und könnte hier nicht in Betracht kommen.

Bei der Abstimmung wird der Paragraph mit 2/3-Mehrheit angenommen.

Beim § 66 sucht Fr. Oltmanns einen Einsat, betr. Anstellung einer Theologin zu rechtfertigen. Doch wird ihr entgegengehalten, daß dies an dieser Stelle, wo vom Pfarramt die Rede sei, nicht möglich wäre. Ihr Antrag wird daher abgelehnt.

7. Sitzung.

Fortsetzung der Sitzung nachm. 4 Uhr in der Handwerkskammer.

Anwesend 38 Abgeordnete. Am Tisch des Oberkirchenrats: Präsident v. Finckh, D. R. N. Dr. T. Ilemann, D. R. N. Iben, Landrat a. D. Augend, später Oberlandesgerichtsrat Tenge.

Zur Verhandlung steht zunächst ein Antrag Althorn, betr. Abstimmung über die Verfassung. Dieser Antrag sieht vor, daß die Verfassung als angenommen gilt, wenn die einzelnen Paragraphen, mit Ausnahme der §§ 1, 3, 139, 142, 147, für welche eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit angenommen sind und das Ganze dann mit Zweidrittel-Mehrheit.

Ueber diesen Antrag haben bereits gestern vertrauliche Beratungen stattgefunden, die aber ohne Ergebnis verliefen. Daher mühte bisher immer mit Zweidrittel-Mehrheit abgestimmt werden. — Abg. Althorn begründet seinen Antrag und sagt, diesmal die Zweidrittel-Mehrheit für ihn zu finden, da sonst ein Weiterarbeiten der Synode unmöglich sei.

Abg. T. Ilemann stellt sich demgegenüber und sagt, daß die verfassunggebende Landeskirchenversammlung nicht an der alten Verfassung ändern, sondern ein Neues schaffen solle. Er will aber den Fortgang nicht hindern und sich darum der Stimme enthalten.

Abg. Giebelmann: Nach seiner Ansicht ist die Landeskirchenversammlung auf Grund von § 1 des Wahrgesetzes frei. Unsere Wähler haben sich bereit erklärt, für eine solche Landeskirchenversammlung zu wählen, und die meisten Abgeordneten haben auch geglaubt, nicht durch die alten Bestimmungen beschränkt zu sein. Daher habe er gestern beantragt, beides zu befestigen: Beschränkung durch 2/3-Mehrheit und die Genehmigung des Oberkirchenrats. Dieser Antrag fand keine 2/3-Mehrheit. Ebenso wenig der Antrag Althorn. Redner wolle aber die Verhandlungen der Synode nicht auf dem toten Gleis lassen, auf das sie geraten sind. Er sei sich allerdings auch wohl bewußt, daß er dadurch, daß er dem Antrag Althorn zur erforderlichen 2/3-Mehrheit verhe, ein starkes Mittel aus der Hand gebe, die zweite Beschränkung (Genehmigung des Oberkirchenrats) zu befestigen. Trotzdem habe er sich zum Entgegenkommen entschlossen, um die Arbeiten der Synode nicht aufzuhalten.

Lehentlich spricht auch Abg. J. B. eken.

In der Abstimmung über den Antrag Althorn erhebt dieser 20 Stimmen. 2 Stimmen sind dagegen, bei 16 Stimmenthaltungen. Der Antrag hat also die erforderliche Mehrheit erhalten.

Dann wird fortgefahren in der Beratung des Verfassungsentwurfs. Zur Verhandlung stehen die §§ 24 ff.: Die Kirchenverteilung. Zwei Urträge liegen vor: Ein Mehrheitssantrag, der einen einheitlichen Kirchenrat wünscht, nur geschäftsführendem Ausschuss (vertreten durch Abg. Stilling), und ein Winderheitsantrag, der den Entwurf beibehalten will (vertreten durch Abg. Gramberg, Odenburg).

Stilling weist darauf hin, daß im Entwurf die Doppelvertretung nicht aufgehoben sei. Das sei ein unständlicher Apparat und Konfliktmöglichkeiten lägen immer vor. — Demgegenüber betont Abg. Gramberg, daß gerade die Doppelvertretung das Gute und Moderne sei. Man habe in der Zeit seit der verfallenen Kirche die Trennung zwischen vormaliger und beschickender Instanz für recht gehalten. Die vom Abg. Stilling befürwortete Vermählung bedeuete daher einen Rückschritt. Für den Entwurf des Oberkirchenrats spricht dann noch Abg. J. B. eken.

Der Behörde nimmt D. R. N. Iben Stellung zu der Frage. Er zeigt, wie im Entwurf das Ziel verfolgt sei, möglichst viel Kräfte aus der Gemeinde zur Mitarbeit heranzuziehen. Das trage bei zur Verlebendigung der Gemeinden. Bei der Abstimmung wird der Entwurf Stilling mit 21 gegen 16 Stimmen angenommen.

Im weiteren wird dann der Entwurf Stilling in seinen einzelnen Paragraphen im wesentlichen angenommen. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwochmorgen 10 Uhr im Landtagsgebäude.

Nächst viel Kräfte aus der Gemeinde zur Mitarbeit heranzuziehen. Das trage bei zur Verlebendigung der Gemeinden. Bei der Abstimmung wird der Entwurf Stilling mit 21 gegen 16 Stimmen angenommen.

Im weiteren wird dann der Entwurf Stilling in seinen einzelnen Paragraphen im wesentlichen angenommen. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwochmorgen 10 Uhr im Landtagsgebäude.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Zu einer öffentlichen Versammlung im „Ziegelhof“ hatte die Partei am gestern abend eingeladen, um einen Vortrag des ihr angehörenden Vertreters unseres Wahlkreises, des Reichstagsabgeordneten Major a. D. Hennig, zu hören, der nach einer Begrüßungsansprache des Vorstehenden, Postmarschall Meyer, das Wort ergriff zu dem Thema:

Die politische Lage.

Trotzdem erst eine kurze Zeit, so begann er seine Ausführungen, seit der letzten Reichstagswahl verstrichen sei, hätten sich doch in ihr wichtige Dinge ereignet, über die er mit seinen Wählern Mitteilung nehmen möchte. Es sei wertvoll, sich darüber klar zu werden, ob der Weg, der seitdem gegangen sei, bergauf oder bergab führe. Einige charakteristische Meilensteine an diesem Wege wolle er kennzeichnen, um daraus die Antwort auf jene Frage zu finden.

Zuerst beschäftigte er sich mit unserer wirtschaftlichen Lage. Der Reichsfinanzminister habe jüngst die Höhe unserer Schulden auf über 300 Milliarden angegeben, denen ein gesamtes Nationalvermögen von etwa 350 Milliarden gegenüberstehe. Die Rechnung stimme aber nicht; denn die 300 Milliarden umfassen nur die inneren Schulden, nicht aber die noch an die Entente zu zahlenden Entschädigungen, die, wenn ihre Höhe auch noch nicht festgestellt sei, doch jedenfalls eine sehr große Rolle spielen. Außerdem habe der Minister nur die Reichsschulden angeführt, denen sich noch die enormen Schulden der Länder und Gemeinden hinzugesellen. Die Gesamtheit unserer Schulden würden mit 1000 Milliarden nicht zu hoch eingeschätzt sein. Das würde unseren wüßigen Bankrott bedeuten, wenn nicht aus unser Nationalvermögen, Grund und Boden, industrielle Werke und der ganze übrige Besitz infolge des Tiefstandes der Valuta einen etwa zehnfachen höheren Wert bekommen habe, jedoch unsere Aktiva immer noch unsere Passiva übersteigen. Nun trete die eigentliche Erscheinung ein, daß, wenn durch unsere vermehrte Produktion und Arbeit der Markkurs steige, unser Nationalvermögen sich in demselben Maße verringere, während die Schulden derselben blieben, jedoch bei einem Paristande der Mark wie dreifach überschuldet sein würden. Zu dieser Schwierigkeit habe sich der Minister gerührt geäußert, sondern nur das matte Mittelchen der Sparmaßnahme empfohlen. Schon darin zeigte sich die Schwäche der Regierung, die nur von der Hand in den Mund lebe und energielos die Dinge gehen lasse, wie sie wollten. Eine gründliche Abhilfe würde dadurch geschaffen werden können, wenn es gelänge, die Schuldensumme ganz oder großenteils anzuleihen, etwa von Amerika; einige Milliarden Dollars würden dazu noch der jetzigen Valuta ausreichen; aber das zu jetzt bei unserer Kreditlosigkeit sein Staat; es mühten dann schon Umgruppierungen kommen, bei denen dann auch andere Länder ein Interesse an unserem wirtschaftlichen Wiederaufbau haben würden. Doch unsere jetzige Regierung sei eben so wenig zu einer Kraftleistung fähig, wie die vor den Wahlen.

Ein anderer Punkt sei die Sozialisierung. Die Erfahrung zeige aber, auch jetzt wieder an Ausland, daß der Staat immer unentbehrlich wirtschaftlich; er sei eben ein Verwaltungsorgan, nicht aber ein Unternehmer. Auch hier komme unsere Regierung, trotzdem sie im Prinzip die Sozialisierung a. W. der Bergwerke angenommen habe, nicht vom Fleck, weil sie die Unmöglichkeit empfinde, aus Furcht vor der Strafe wage sie nicht, es offen zu sagen.

Ein zweiter Meilenstein sei Spaa. Trotzdem die deutschen Vertreter, Freydenh, Simons u. v. a., vorher sehr erklärt hätten, sie würden keinen Forderungen zustimmen, die unmöglich zu erfüllen seien oder sich mit der Würde Deutschlands nicht verträgen, seien sie schon am zweiten Tage umgefallen, und hatten sogar die alleinige Rückgabe gegeben. Das und Simons der Entente gegenüber sehr desavouiert. Die angebliche Befestigung des Ruhrreviers sei doch nur eine leere Drohung gewesen, und selbst ein Einmarsch sei nicht so verhängnisvoll gewesen, wie das jegliche künftige Verhalten. Die Bergarbeiter hätten bestimmt erklärt — ein Zeichen, daß das nationale Unterbewußtsein doch nicht durch Erziehung zu internationaler Denkwiese unterdrückt werden konnte — sie würden nicht für die Franzosen arbeiten, und ein Stillstand aller Betriebe, einschließlich der Eisenbahnen für kurze Zeit sei noch erträglicher gewesen als das jämmerliche Nachgeben, das uns um den Rest von Ansehen und Kredit bei der Entente wie bei den Neutralen gebracht habe.

Nachdem dann noch als weitere Meilensteine die Verfassung der Wehrpflicht und die Entwaffnungsgfrage des Äineren als Beweis der Schwäche der jetzigen Regierung beleuchtet wurden, wobei das Verhalten des Reichspräsidenten Langen eine scharfe Beurteilung und Verurteilung erfuhr, ging er zu der Kritik der Entstellung des Reiches, dem ausgeprochenen Willen der Mehrheit der Wähler entgegengelegten Koalitionsministerium über, dabei das Verhalten der einzelnen Parteien unter die Lupe nehmend. Am längsten berührte er bei der Deutschen Volkspartei, die, irreführend durch ihre Führer Stresemann und Heinke, weder genügend Mühe auf noch politisches Verständnis bewiesen hätte, sich von der Deutschnationalen Partei zu trennen. Bei der Frage jetzt handelte sich die Entscheidung über die nächste Gestaltung des Reiches unseres Volkes; sie möge den Weg zum nationalen Front zurückfinden.

Nach starkem Beifall der ansehnlichen Versammlung und dem Dank für den vorzüglichen Redner folgte nun eine eingehende, oft durch lebhaftest Applaus unterbrochene Aussprache, an der sich Parteiführer Haber für die Sozialdemokratische, Herr Meyerbach für die Deutsche demokratische und Parteiführer Brun für die Deutsche Volkspartei beteiligten. In seinem Schlusswort präzisierter Major Hennig dann nochmals den Standpunkt seiner Partei in allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen und schloß mit einem mahnerischen patriotischen Appell an das deutsche Volk. Erst am Mittwoch konnte der Vorstehende die angeregte Versammlung schließen.





# Der Oldenburger Landbesitzer

## Wochenschrift des Oldenburger Landbesitzer-Vereins.

Erscheint 14tägig in einer Auflage von 51000 Exemplaren.  
Verantwortlicher Schriftleiter: Direktor Löhlein. — Verlag:  
Verein Oldenburger Landbesitzer. Druck von D. Scharf, Oldenburg.

Zuschriften, die den redaktionellen Teil betreffen und solche über den Bezug dieser Wochenschrift richtet man an die Schriftleitung dieses Blattes, Oldenburg, Wärburgerstraße 2.

Anzeigenpreise: Die 9 gesp. Kleinzeile oder deren Raum für Oldenburger 1. H., sonstige 1,50 M. Zuschriften an die Anzeigenabteilung der Zeitschrift „Der Oldenb. Landbesitzer“, Oldenburg, Poststr. 26.

Nummer 30.

Mittwoch, den 13. Oktober 1920.

2. Jahrgang.

### Landwirtschaftliche Umchau.

Von Direktor Löhlein.

Nach wochenlang fast anhaltendem Regen brachten uns die hundertlegenden 14 Tage vorwiegend sonniges, trockenes Wetter,

so daß die Ernte- und Bestellungsarbeiten ohne Unterbrechung fortgesetzt werden konnten. Bei dem augenblicklich herrschenden Nordwind und den heißen Sonnentagen ist des Nachts auf Frost zu rechnen, so daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, um die leicht erfrierbaren landwirtschaftlichen Erzeugnisse einzukartieren und entsprechend aufzubewahren. Vor allem gilt dies für die

#### Kartoffeln.

Ist die Ernte auch nicht annähernd so ausgefallen, wie es allgemein erwartet wurde, und der Prozentsatz der erkrankten Kartoffeln viel größer, als selbst Sachverständige bei den Gelbkrankheiten feststellten, so kann und muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln energisch darauf hingewirkt werden, daß allerorts die Sparsamkeit im Verbrauch und sorgfältigste Aufwahrung und Aufbewahrung unbedingt erforderlich ist, wenn nicht im Frühjahr eine Katastrophe in der Ernährung eintreten soll. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß dieser Winter der unangenehmste der letzten sechs Jahre hinsichtlich der Ernährung werden wird, was allerdings viele heute noch nicht glauben wollen.

#### Die Kartoffelernte

Kann im allgemeinen als beendet angesehen werden, wenngleich es noch Landwirte gibt, die mit der Arbeit noch nicht so weit sind. Es wäre eine Sünde und ein Verbrechen, wenn durch die Säumigkeit derselben infolge jetzt zu erwartender und eintretender Nachfröhe auch nur etwas verdirbt. Eine Entschädigung dafür gibt es nicht. Ebenso aber machen sich auch diejenigen moralisch strafbar und verdinglich, die sich aus heillosen, die den Soldaten und Verführungen gewissenloser Händler und Schieber verschreiben lassen, zu unnormal hohen Preisen die Kartoffeln zu verkaufen. Das natürlich hohe Maß der Schieber, die Verkäufer unserer Kartoffeln, befindet sich stark bestraft und an den Pranger gestellt werden müssen, braucht nicht besonders betont zu werden.

Die Regierung hätte besser getan, statt den Mindestpreis auf 30 M. den Höchstpreis auf diesen Betrag zu setzen; die Erzeuger wären damit zufriedener gewesen.

Hinsichtlich der Kartoffeln ist Oldenburg kein Ausnahmefall, sondern nur immer ein Fall für sich, indem etwa 200 000 Zentner alljährlich zur Ernährung von auswärts bezogen werden müssen. Wir wollen hoffen, daß es der Landeskartoffelstelle gelinht zu verhindern, daß Kartoffeln über Oldenburgs Grenzen hinausgeführt werden. Unseren Landwirten aber soll dringend empfohlen werden, die menschliche Ernährung vor allem in den Städten zu beschränken und erst dann an die tierische Ernährung zu denken.

#### Ueber die Aufwahrung der Kartoffeln.

Seitens der Landwirte dürfte es sich erübrigen, noch ein Wort zu sagen, da dies in früheren Jahren zur Genüge geschehen ist und allgemein befolgt wird. Viel wichtiger erscheint es mir aber hierüber den Städtern noch einiges zu sagen. Mehrere Kartoffeln sind in den letzten Jahren durch ungeschickte Behandlung und Aufwahrung zu Grunde gegangen! Der Schaden ist enorm. Es muß aber alles getan werden, um in diesem Jahre solchen Verlust daran zu vermeiden. Bevor die Kartoffeln eingelagert werden, müssen sie vollkommen trocken sein. Dann werden sie vorzüglich verlesen. Alle verletzten und kranken Knollen werden herausgesucht und bündig verwendet. Schorfige oder ruhrige Kartoffeln sind nicht als Futter anzusehen und werden in ihrer Haltbarkeit in keiner Weise. Die übrigen werden entweder in einen trockenen Keller oder Raum gebracht und nicht höher als 3/4 Meter aufgeschichtet. Bei der Lagerung kommt es immer darauf an, daß die Kartoffeln trocken und kühl lagern und vor Frost geschützt sind. Wer in Hause keinen geeigneten Raum hat, kann sie im Garten einleiten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Miete trocken genug liegt, so daß nicht zuviel Feuchtigkeit von unten her an die Knollen gelangt. Ueber 15 bis 20 Zentimeter tief sollte die Sohle nicht ausgeschauft und nicht breiter als 1,5 Meter angelegt werden. Auf einer solchen Mietensohle werden im allgemeinen die trockenen und gut verlesenen, gesunden Knollen nicht höher als ein Meter geschichtet, mit einer 15—20 Zentimeter hohen Lage von reinem, trockenem Stroh und darüber mit einer etwa 10—12 Zentimeter starken Erdschicht bis zum Stroh bedeckt. Mit zunehmendem Frost wird die Erdschicht erdverdrängend verdrängt. Zu vermeiden ist, daß die Kartoffeln in der Miete kühl zu sehr erhitzen und fäulen. Die Wärme soll in der Miete nicht über 8 Grad steigen. Bei feinen Kartoffeln so die nötige Beachtung schenkt, wird erfahren können, daß sich die aufgenommene Mühe gelohnt hat.

#### Die Roggenstaub

Es größtenteils dank der günstigen Fütterung der letzten Zeit beendet, resp. wird, wo der Roggen nach Kartoffeln folgt, in den nächsten Tagen ausgefüttert. Hierbei sollte nicht vergessen werden, daß das Land vor der Saat genauestens gecheckt wird. Leider haben viele Landwirte in diesem Herbst von der Aufwahrung zu Roggen bis jetzt Nichts ankommen, weil sie sich selbst entweder nicht bekommen konnten oder ihnen die Maßnahmen dafür zu hoch waren. Dieses Sparen am falschen Ende ist wie ein jedes Derartiges durchaus verfehlt. Das Verdrümmte muß un-

bedingt in Form der Kopfdüngung nachgeholt werden, und zwar sobald als möglich. Können wir, daß die Preise der Produkte für die nächstjährige Ernte sich den immer höher werdenden Produktionskosten anpassen, da andernfalls die Produktion weiter zurückgeht.

### Die neuen Steuergesetze.

Von Direktor Löhlein.

(Fortsetzung.)

Nun noch einige Worte zum neuen Reichseinkommensteuergesetz. Nach diesem gehören zum steuerbaren Einkommen Einkünfte aus Grundbesitz, aus Gewerbebetrieb, aus Kapitalvermögen und aus Arbeit sowie sonstige Einnahmen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende handelt, oder aus welchem wesentlichen oder tatsächlichen Grunde sie dem Steuerpflichtigen zugeflossen sind. Zu den sonstigen Einnahmen sind beispielsweise u. a. zu rechnen: Leihentgelt, Leihgebühren, Entschädigungen, die als Ersatz für entgehende Einnahmen gewährt werden, Lotteriegewinne und ähnliche außerordentliche Einnahmen, sowie durch einzelne Veräußerungsgeschäfte erzielte Gewinne.

Während früher die meisten Staaten zur Einkommensberechnung nur solche Einnahmen herangezogen haben, die aus bestimmten an einem bestimmten Tag fließenden Quellen herrühren, ist bei dem Reichseinkommensteuergesetz diese Quellenlehre im großen ganzen verlassen worden.

Zum Einkommen und Grundbesitz gehören neben den eigentlichen Einkünften aus dem Betrieb der Landwirtschaft auch Miete- und Pachtentnahmen; der Wert der Nutzung einer Wohnung im eigenen Haus oder in einer dem Steuerpflichtigen ganz oder z. T. unentgeltlich überlassenen Wohnung, einsehr, der zugehörigen sonstigen Räume, Gärten und Anlagen, ebenso Einnahmen aus Grundbesitz und Gefällen; für Wohnung im eigenen Haus werden die ortsüblichen Mietwerte in Rechnung gestellt.

Als steuerbares Einkommen gelten nicht Ebschaften, u. a. Kapitalerträge oder Abschreibungen auf Grund von Versicherungen aller Art, Veräußerungsgewinne, die auf Grund eines infolge eines Krieges erfolgten Dienstbeschäftigung bezogen werden, soweit diese den Betrag von 2000 M. nicht übersteigen; Bezüge aus einer Krankenversicherung, ferner Gewinne, die durch die Veräußerungen von Grundbesitz erzielt worden sind; es sei denn, daß die Grundstücke erst innerhalb der letzten 10 Jahre oder zum Zwecke der Wiederveräußerung erworben worden waren. Bei Grundbesitz, die vor dem 1. August 1914 erworben worden sind, gilt die zehnjährige Frist jetzt schon als erfüllt.

Von dem Gesamtbetrag der Einkünfte sind in Abzug zu bringen die zu ihrer Erwerbung, Sicherung und Erhaltung gemachten Aufwendungen. Zu diesen Werbungskosten gehören u. a. auch Ertragssteuern sowie öffentliche Abgaben und Beiträge zur Versicherung von Gegenständen; ferner die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen und beweglichen Betriebsinventar, soweit nicht die Kosten für die Erwerbserhaltung als Werbungskosten in Abzug gebracht werden. Weiter sind in Abzug zu bringen die vor dem Steuerpflichtigen gezahlten Schulzinsen und die auf betriebsfremden Privatverhältnissen oder gesellschaftlichen Verpflichtungen beruhenden Renten und dauernden Lasten, ebenso Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbständige veranlagten Hausangehörigen zu den Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angehörigen- und Invalidenversicherungen, Witwen-, Waisen-, Pensionskassen bezahlt hat; desgleichen Beiträge zu den öffentlichen rechtlichen Berufsvertretungen und Beiträgen zu den öffentlichen, militärischen und gemeinnützigen Vereinen. Bei einzelnen Berufsvertretungen erittene Verluste sind ebenfalls in Abzug zu bringen.

Nicht abgezogen werden dürfen u. a. Aufwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens, Zinsen für das im Betrieb angelegte eigene Vermögen; die zur Verteilung des Steuerpflichtigen und zum Unterhalt seiner Familienangehörigen aufzuwendenden Beträge, die vom Steuerpflichtigen entrichtete Einkommensteuer sowie sonstige persönliche Steuern. Dem Einkommen eines steuerpflichtigen Haushaltsvorsorgers ist sowohl das Einkommen der Ehefrau als auch das Einkommen seiner zum Haushalt zählenden Kinder hinzuzurechnen, und zwar auch das der volljährigen Kinder, solange diese nicht durch Arbeit in einem dem Haushaltsvorstand fremden Betrieb selbständigen Erwerb haben. Diese Bestimmung ist notwendig infolge der Anrechnung der Steuerlast für den Landwirt eine große Härte. Früher war bei den meisten Steuerpflichtigen ein Abzug des Lohns der im Betrieb tätigen Kinder zulässig. Die Ermöglichung, die beim Vorhandensein von Kindern vorgezogen ist, kann diese Härte bei weitem nicht ausgleichen.

Steuerpflichtig ist der Betrag von 1500 M. übersteigenden Teil des steuerbaren Einkommens. Dieser Steuerfrei-Teil erhöht sich für die erste zum Haushalt zählende Person, die imwieweit deren Einkommen dem Einkommen des Steuerpflichtigen zugerechnet ist, um 500 M., für jede weitere Person um 300 M. Bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 10 000 M. nicht übersteigt, soll nach einem in der zweiten Lesung des Gesetzes gestellten Antrag eine weitere Ermäßigung von 200 M. für die zweite und jede weitere zum Haushalt

zählende Person eintreten, soweit letztere das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Diese Bestimmung wurde aufgegeben, um den etwas unfaßlichen § 14 des Uraltsteuergesetzes fallen lassen zu können.

Die Einkommensteuer beträgt: für die ersten 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens 10 Prozent, für die nächsten 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens 11 Prozent, für die nächsten 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens 12 Prozent, und für die nächsten 1000 M. usw. und mehr bis zu 10 Prozent. Bei außerordentlichen Verdunungen, die über die regelmäßigen Verdunungen hinausgehen, wird von dem darüber gegebenen Betrag nur der Steuerfuß von 10 Prozent berechnet.

Die Veranlagung zur Einkommensteuer erfolgt jeweils für ein Rechnungsjahr, und zwar nach dem steuerpflichtigen Jahres-einkommen, das der Steuerpflichtige in dem dem Rechnungsjahr unmittelbar vorangehenden Kalenderjahr bezogen hat. Inwieweit des Kalenderjahres tritt für Feststellung des Einkommens aus Land- und Forstwirtschaft das letzte Wirtschaftsjahr, dessen Ergebnis zuerst der Veranlagung festgestellt werden kann.

Wenn der Steuerpflichtige über den Betrieb der Land- und Forstwirtschaft geordnete, den Steuertrag maßgebende Bücher führt, so sind die Umsätze dieser Bücher als Grundlage für die Ermittlung des Einkommens zu verwenden. Für die Buchführung gelten dieselben Bestimmungen wie für die eigenen Betriebe. Der Pachtzins einschließlich des Wertes der etwa dem Pächter obliegenden Natural- oder sonstigen Gegenleistungen ist in Abzug zu bringen. Der Mehrwert der mitgenutzten Wohnung ist hinzuzurechnen.

Der Ertrag bzw. der Reingehalt, wie es im Steuer-gesetz heißt, aus der Landwirtschaft, ist in der Weise zu berechnen, daß ein Vergleich der Betriebsaufwendungen und der Betriebsausgaben unter Berücksichtigung des Unterschiedes in dem Stand des sogenannten Betriebskapitals am Schluss des Wirtschaftsjahres gegenüber dessen Anfang am Schluss am Anfang des Jahres stattfindet. Dem Betriebskapital entnommen ist der Wert der für den Privatverbrauch dem Gut entnommenen Gegenstände sowie etwaiger Dienstleistungen hinzuzurechnen.

Für die Bewertung des sogenannten Wackerkapitals, also der Wirtschaftsergebnisse, Waren und Vorräte des Betriebes sowie des beweglichen Anlagekapitals ist im allgemeinen der gemeine Wert in Ansatz zu bringen. Soweit ein Anschaffungs- oder Herstellungspreis gegeben ist und dieser hinter dem gemeinen Wert zurückbleibt, ist der Steuerpflichtige berechtigt, ersteren statt des gemeinen Wertes einzusetzen. Dadurch wird eine Besteuerung nicht realisierter Werte vermieden.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind alle Personen, deren steuerbares Einkommen 3000 Mark übersteigt, verpflichtet. Neu ist, daß der Arbeitgeber bei der Zusammenfassung 10 Prozent des baren Arbeitslohnes zu Lohnen des Arbeitnehmers einzubehalten und dafür in die von der Gemeindebehörde auszufüllende Steuerkarte des Arbeitnehmers entsprechende Steuermarken einzusetzen und zu entwerfen hat.

Die erstmalige Veranlagung nach dem Reichseinkommensteuergesetz erfolgt für das Rechnungsjahr 1920 auf Grund des Jahres-einkommens, das der Steuerpflichtige im Kalenderjahr 1919 oder in dem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahre bezogen hat, dessen Ende in das Jahr 1919 fällt.

Sie haben versucht, eine allgemeine Uebersicht über einige Steuergesetze zu geben. Damit ist aber die Zahl der Steuer-gesetze noch lange nicht erschöpft.

### Maß halten!

Seit Beginnung des Krieges haben wir immer dringender die Forderung nach Beschränkung der öffentlichen Dienstleistung erhoben. Die Zwangsmitrithschaft mit ihren vielen Verordnungen, Einschränkungen und Beschränkungen, war alles andere als produktionsfördernd, denn der Landwirt kann dem Boden nur dann höchste Erträge, die wir heute nötiger haben, denn je, abringen, wenn er seine Kräfte frei entfalten kann. Nun ist in neuerer Zeit ein wesentlicher Fortschritt in Abbau der Zwangsmitrithschaft zu verzeichnen. Die Zwangsmitrithschaft der Kartoffeln ist mit dem 15. September dieses Jahres aufgehoben; desgleichen hat der Reichstag und der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages die Aufhebung der Preisobergrenzen für den 1. Oktober d. J. beschlossen. Damit erwacht den Landwirten mehr noch als bisher die Aussicht, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen. Der direkte Verkehr zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher, der durch die Zwangsmitrithschaft aus seinen natürlichen und gewohnten Bahnen verdrängt worden war, muß wiedererstanden werden.

Manche die Zwangsmitrithschaft besaß, wurde seitens der Landwirte immer wieder herangezogen und betont, daß es ihnen bei der Fortdauer nach Aufhebung der Zwangsmitrithschaft weniger auf hohe Preise ankomme als darauf, frei über ihre Erzeugnisse verfügen zu können und von fähigen Neidungen und Preiskontrollen zu sein. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir zeigen müssen, daß wir ebenfalls nicht, dieses Versprechen einzu-lösen. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß mit der Freigabe der Kartoffeln eine Preisbildung eintritt, die wieder im Interesse der Verbraucher nach der Erzeuger liegt. Denn darüber müssen wir uns klar sein, wenn bei der freien Wirtschaft die Verbraucher nicht besser und einfacher — wenn auch zunächst nicht billiger — mit Kartoffeln versorgt werden als es unter der Zwangsmitrithschaft der Fall war, dann wird für die ganze Mittrithschaft, die auch innerhalb weiter Wirtschaftskreis-

gegen die Zwangsversteigerung bestanden, gegen die Landwirte richteten, und die Regierung wird dann nicht umhin können, unter dem Druck der vorwurfsbedingten Verhältnisse die Zwangsversteigerung wieder einzuführen. Deshalb sei auch unsere wirtschaftliche Landwirtschaft, die vor kurzem von Staatsmännern getrieben wurde, und zwar in ihrem eigenen Interesse, bei ihren Fortschritten Maß zu halten und besonders den Kartoffelreis nicht in Höhe zu steigern, sondern sich in der schweren Zeit des Krieges von dem Zwangs zur freien Wirtschaft lieber mit den Produktionskosten zu begnügen.

Der Bezirksliche Bauernverein, welcher sich in der Sitzung seines engeren Vorstandes vom 22. v. Mts. eingehend mit dieser Frage befaßt hat, hält für angemessen einen Erzeugerpreis, der 25 M. pro Zentner, wie er seinerzeit von der sogenannten Zuerstkommission, bestehend aus Konsumenten und Produzenten, festgesetzt ist, keinesfalls übersteigt. Bei der verschiedenen Höhe der Produktionskosten in den verschiedenen Gegenden bitten wir noch allem auch die Kreise, die bereits auf Grund ihrer besonderen Verhältnisse Veränderungen getroffen haben, sich unter allen Umständen daran zu halten. Versteht es die Landwirtschaft jetzt, die Bevölkerung zu angemessenen Preisen mit Kartoffeln zu versorgen, dann wird auch die Frage von Milch und Brotgetreide nicht mehr lange auf sich warten lassen. (Bezirkslicher Bauernverein.)

### Der Reichsnotopfer-Ertragswert nach neuester Vorchrift.

Von Paul Nüderst, Steueranwalt und Buchhalter, händiger, Steuerhelfer des Bundes der Landwirte.

Das Reichsfinanzministerium hat vor kurzem endlich die Bewertungsgrundzüge (Richtlinien) für die Wertermittlung nach dem Reichsnotopfergesetz bekanntgegeben.

Die Ansicht der führenden landwirtschaftlichen Körperschaften geht dahin, daß diese Richtlinien als ungeschicklich bezeichnet werden müssen, soweit sie die Feststellung des Ertragswertes betreffen.

Nach gesetzlicher Vorchrift (§ 152 der Reichsabgabenordnung, § 18 des Reichsnotopfergesetzes) gilt als Ertragswert der land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücke das Zwanzigfache des Reinertrages, den sie nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinsinniger Bewirtschaftung

unter gewöhnlichen Verhältnissen mit entlohnten fremden Arbeitskräften im Durchschnitt erwirtschaften können.

Die vom Reichsfinanzministerium erlassenen Richtlinien wollen den Ertragswert mindestens bei den landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und Gärtnereien nicht unter Berücksichtigung dauernder normaler Verhältnisse und auch nicht unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit unter völligem Ausschluß der Vorkriegsjahre ausschließlich nach dem in jeder Hinsicht abnormen und ziffernmäßig überhaupt nicht berechenbaren Ergebnis der Jahre 1914 bis 1919 feststellen!

Der Jahresertrag soll, soweit nicht Ausnahmen zugelassen werden, nicht aus dem nachweisbaren Ertrag des Grundstücks des einzelnen Steuerpflichtigen festgesetzt, es sollen vielmehr von den Finanzämtern für ihren Bezirk Normalerträge für den Ertrag festgesetzt werden. Zu diesem Zweck sollen möglichst zahlreiche Grundstücke oder wirtschaftliche Einheiten, deren Bewirtschaftung als ordnungsmäßig und gemeinsinnig anzusehen ist, unter Zuziehung von Sachverständigen, auf ihren im

Durchschnitt der Jahre 1914 bis 1919 erzielten Ertrag geprüft werden. Eine Einnahme durch Veräußerung von Inventar soll hierbei unberücksichtigt bleiben, sofern die Veräußerung den Grundbesitz einer ordnungsmäßigen gemeinsinnigen Bewirtschaftung widerspricht. Das ist eigentlich selbstverständlich und hätte in den Richtlinien nicht besonders gesagt werden brauchen, da solche Einnahmen ebenso wenig wie Einnahmen aus Grundstücksverkäufen den Ertrag berühren. Vom Ertrag sollen alle Kosten abgezogen werden, die aufgewendet werden müssen, um mit entlohnten fremden Arbeitskräften den Nobertrag zu erzielen.

Das Zwanzigfache des so ermittelten Ertrages soll nach Vorchrift der Richtlinien als normaler Ertragswert der Grundstücke einschließlich der Gebäude und Betriebsmittel gelten. Dieser Ertragswert soll nun auf die einzelnen Grundstücke entsprechend angewandt werden. Grundstücke, die nach Lage und Beschaffenheit wesentlich vom Normalen abweichen, sollen durch Zuschläge oder Abschläge abweichend bewertet werden. Dasselbe soll für einen Mehr- oder Min-

derwert von Gebäuden oder Betriebsmitteln gelten, sofern der Ertrag dadurch beeinträchtigt wird. Unberücksichtigt soll die mehr oder minder weniger erfolgreiche Bewirtschaftung eines Grundstücks bleiben, die lediglich in der Person des Landwirtes ihren Grund hat.

In Gegenden, in denen die Verpachtung des Grundbesitzes gemeinlich oder weitverbreitet ist, soll nach Vorchrift der Richtlinien als Normalertrag der

Durchschnitt des in den Jahren 1914 bis 1919 vereinbarten jährlichen Pachtzinses

gelten, dem der Unternehmergewinn des Pächters hinzugezogen wird.

Gärtnerische Grundstücke sollen nicht nach Normalerträgen, sondern nach dem auf dem einzelnen Grundstück im Durchschnitt der Jahre 1914 bis 1919 erzielten tatsächlichen Ertrag bewertet werden.

Weinbaugrundstücke können, soweit dies durch die Eigenart des Weinbaues geboten ist, nach abweichenden Grundätzen bewertet werden, die von den Finanzämtern aufzustellen und vom Landesfinanzamt zu genehmigen sind. Bei forstwirtschaftlichen Grundstücken sollen nach Vorchrift der Richtlinien die bis zum Stichtage abgelaufenen Wirtschaftsjahre berücksichtigt werden und im übrigen soll bei der Bewertung mit Rücksicht auf die Eigenart des Forstwirtschaftsplanes im wesentlichen nach den Grundätzen verfahren werden, wie sie für die Durchschnittsberechnung des Ertragswertes zum Versteuereffekt aufgestellt worden sind (§ 36 der Ausführungsbestimmungen zum Versteuergesetz). Demnach werden also hier neben den Erträgen der Jahre 1914 bis 1919 auch die Erträge der Vorkriegsjahre zu berücksichtigen sein.

Wie ist die Ertragsfeststellung möglich? Für die Feststellung von Durchschnittserträgen der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke, der Gärtnereien und Weinberge sind die Jahre 1914 bis 1919 am allerwenigsten geeignet, weil in diesen Jahren weder von einer ordnungsmäßigen und gemeinsinnigen Bewirtschaftung noch von gewöhnlichen Verhältnissen oder von Nachhaltigkeit des Ertrages die Rede sein kann. Dafür liefert schon die Tatsache, daß seit 1914 die Mengenerträge an Getreide usw. außerordentlich stark zurückgegangen sind, einen augenfälligen Beweis.

Die Richtlinien des Reichsfinanzministeriums bieten nicht einmal einen sicheren Anhalt dafür, wie der Jahresertrag der Jahre 1914—1919 berechnet werden soll. Ich will auf diese Frage näher eingehen, ohne meinen grundsätzlichen Standpunkt dadurch aufzugeben.

Wie in den Erzeugnissen der Industrie in der Hauptsache Kapital und Arbeit stecken und der Unternehmergewinn nur den geringsten Teil ausmacht, so liegt es auch in der Landwirtschaft. Die Preise sind in den Jahren 1914 bis 1919 gestiegen, die Verluste ebenfalls. Außerdem steht in den Jahreserträgen dieser Jahre noch ein erheblicher Teil des Anlagekapitals, welches durch den Raubbau usw. in Ertrag umgewandelt ist. Jedenfalls muß, wenn Jahreserträge der Jahre 1914 bis 1919 überhaupt in die Durchschnittsberechnung einbezogen werden sollen, von der Landwirtschaft verlangt werden, daß nach wirtschaftlichen Grundätzen vom Bruttoertrag dieser Jahre ausnahmslos alle Aufwendungen abgezogen sind, die zur Werbung, Sicherung und Erhaltung des Ertrages gemacht wurden. Dazu gehören beispielsweise:

Gehälter und Löhne mit allen Nebenausgaben, nebst dem Wert der eigenen Arbeit des selbstwirtschaftenden Besitzers und seiner Angehörigen (Reichsabgabenordnung § 152);

alle Aufwendungen zur Erhaltung und Bewirtschaftung des Grundstücks, der Gebäude, beim Inventar auch die Aufwendungen für Ersatzanschaffungen;

alle Aufwendungen für Einfaat und Befestigungsarbeiten sowie für die Einkerbung und Verwertung der Ernte;

alle sonstigen Wirtschaftsausgaben, z. B. für Versicherungen aller Art, für Heizung, Beleuchtung usw.;

alle Ertragssteuern, öffentliche Abgaben, Beiträge an die Landwirtschaftskammer, an Berufsverbände und dergleichen in voller Höhe.

Außerdem muß der Jahresanteil an der Verschlechterung des Grund und Bodens, der Gebäude und sonstigen Anlagen, des lebenden und toten Inventars usw. von den Einnahmen in Abzug gebracht werden, da es sich hierbei lediglich um die Umwandlung von Anlage- und Betriebskapital in Einkommen handelt. Einen Anhalt dafür, wie dies zu ermöglichen ist, werden die folgenden Fingerzeige bieten: Es kann als allgemein bekannt gelten, daß der Grund und Boden jetzt wesentlich geringere Erträge als in den Vor-

kriegsjahren liefert, da er durch den Raubbau sowie durch den mit den Viehenteignungen entstandenen Mangel an nährlichem Dünger und durch das Fehlen ausreichender Mengen Kunstdünger ausgefallen, durch mangelhafte Bearbeitung veruntrautet ist usw. Um den objektiven Ertrag zu ermitteln zu können, muß daher zunächst schätzungsweise ermittelt werden, welche Mengen natürlichen und künstlichen Düngers und welche sonstigen Leistungen erforderlich sein würden, um den Zustand von Anfang 1914 wieder herzustellen. Die Bewertung muß nach den Preisen von 1919 erfolgen; der ermittelte Gesamtwert ist auf die Jahre 1914 bis 1919 zu verteilen.

Die Gebäude und hauseigenen Anlagen können, weil Material und Arbeitskraft nicht zu beschaffen waren, nicht regelmäßig und auch nicht ordnungsmäßig ausgebessert werden. Dadurch wurde der Verfall beschleunigt. Es genügt daher die früher üblichen Normalabgrenzungen nicht. Es muß vielmehr der Zustand von Anfang 1914 dem Zustand von Ende 1919 gegenüber gestellt werden. Siernach ist festzustellen, welche Aufwendungen nach den Preisen von 1919 berechnet, erforderlich sein würden, um den Zustand von Anfang 1914 wieder herzustellen. Der so durch Schätzung ermittelte Betrag wird auf die Jahre 1914 bis 1919 verteilt. Einen Anhalt für die Veranschlagung des Wertes der Vorkriegsjahre bieten die aus den Büchern festzustellenden. Dem so ermittelten Durchschnittsbetrag sind die durchschnittlichen Aufwendungen der Jahre 1914 bis 1919 gegenüberzustellen; diese müssen jedoch vorher, um einen zutreffenden Vergleichsmassstab zu finden, auf den Betrag umgerechnet werden, der für die gleichen Reparaturen in den Vorkriegsjahren hätte aufgewendet werden müssen. Der Unterschied ist dann noch um einen angemessenen Prozentsatz, welcher der natürlichen Abnutzung und dem durch die unterlassenen Reparaturen beschleunigten Verfall entspricht, zu erhöhen.

Daß die Einnahmen aus veräußertem Inventar nicht dem Ertrag zugerechnet werden dürfen, wenn dadurch der heckenmäßige normale Stand des Inventars vermindert wurde, ist in den Richtlinien bereits angebeutet worden.

Auf den Ertrag ist ferner eine Verschlechterung des lebenden und toten Inventars nach Menge und Qualität als mindern anzurechnen; je ist nach dem Unterschied in dem Stand von Anfang 1914 und Ende 1919 nach den Preisen von 1919 durch Schätzung zu ermitteln und auf die Jahre 1914 bis 1919 zu verteilen.

Für die Mitarbeit des Besitzers und seiner Angehörigen ist ein entsprechender Wert den Jahresausgaben hinzuzurechnen.

Was ist einwilliger zu tun? Den gesetzlichen Vorschriften und den Billigkeitsrücksichten würde es nach der Auffassung der führenden landwirtschaftlichen Körperschaften entgegenstehen, wenn für die Notopferveranlagung der land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücke der durchschnittliche normale Friedenstertrag zugrunde gelegt würde. Es ist deshalb das Nachfolgende, wieder auf den Mehrertrag zurückzugreifen und — zunächst in der Steuererklärung — von diesem Wert vier Fünftel abzuziehen, da die Kapitalisierung des Jahresertrages zum Mehrertrag Zuschlag war, während sie zum Notopfer nur Zuschlag ist.

Übersteigt die amtliche Schätzung des Ertragswertes zum Reichsnotopfer den gemeinen Wert, so hat der Steuerpflichtige nur die Möglichkeit, vor der Veranlagung oder nach der Veranlagung im Einspruchsverfahren bis zum Ablauf der Einspruchsfrist die Veranlagung zum gemeinen Wert zu beantragen oder es im Rechtsmittelverfahren auf eine höchstgerichtliche Entscheidung des Reichsfinanzhofes antworten zu lassen. Durch die Wahl des gemeinen Wertes, dessen Schätzung im übrigen eine recht willkürliche ist, würde aber dem Steuerpflichtigen das Recht, mit nur vier Fünfteln seines landwirtschaftlichen Vermögens zum Notopfer herangezogen zu werden, verloren gehen!

Solange das Reichsfinanzministerium auf seinem von den führenden landwirtschaftlichen Körperschaften als ungeschicklich betrachteten Standpunkt beharrt, dürfen die Landwirte dennoch nicht tatenlos abwarten. Die vom Reichsfinanzministerium angeordnete Ernennung von Sachverständigen für die Feststellung der Erträge der Jahre 1914 bis 1919 liegt nahe bevor. Die Finanzämter sind angewiesen, vor der Ernennung möglichst Berufsvertretungen zu hören. Einen bestimmenden Einfluß auf die Auswahl der Sachverständigen haben die landwirtschaftlichen Vereinigungen der einzelnen Finanzamtsbezirke nach den Richtlinien nicht. Den Finanzämtern Vorschläge zu machen, steht ihnen frei. Es ist den landwirtschaftlichen Vereinigungen deshalb dringend zu empfehlen, sich gegenständig zu verständigen, den Leiter ihres Finanzamts über die Zahl der erforderlichen Sachverständigen zu befragen und dem Finanzamt entsprechende Vorschläge zu machen.

### Öffentlicher Verkauf einer sehr schönen Obstplantage.

Am Auftrage der Firma Oldenburg, Torfrennerei Wittemoor werde ich am **Sonnabend, den 16. Oktbr. 1920,** nachmittags 2 Uhr anfangend, ihre in Sidmoolesch am Hunte-Embs-Ranal befindliche

### sehr schöne Obstplantage, bestehend aus ca. 8000 der verschiedensten Sorten Obstbäume

Meißel, Birnen und Zwetschen, hochstämmige und Busch, in beliebiger Anzahl öffentlich meistbietend verkaufen. Es handelt sich um durchweg gesunde, aussehende jüngere Bäume. Kaufinteressenten laden ein Karl Ahrens, Autt., Oldenburg, Langestraße 33. — Telefon 1321.

### Land-Verkauf.

Wittve Gers. Hinr. Bulge und Ander beabsichtigen ihre zu

### Osnersfeld Beperei,

belegenen Ländereien, die folgen:  
St. 18 Pars. 229/112, groß 19 ar 29 om,  
St. 18 Pars. 114, groß 58 ar 03 om,  
auf. 77 ar 32 om.

zu verkaufen. Verkaufstermin am **Sonnabend, den 16. Oktbr. 1920,** nachmittags 4 Uhr, bei Gastwirt Hienemann in Osnersfeld. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen. Rud. Meyer, amtl. Autt.

**Karbid-Licht- u. Wandlampen, Fahrrad-Laternen.** Große Auswahl, billigste Preise. **Fahrradhaus A. Bischoff** Alexanderstr. 103.

### Wiederverkauf in Bielefeld.

Verhandlung Gers. Feets in Bielefeld. **Montag, 18. Oktober d. J.,** vormittags 10 Uhr anfangend, bei **Rabes Gasthaus** in Bielefeld: **15—20 Pferde**

als: Oldenburger, Dänen, Belgier, so kleiner, sowie große und kleine Rassen unter voller Garantie auf Zahlungsfähigkeit. Auch werden Pferde in Kauf genommen. **Proste, amtl. Autt.**

Streifenmotor bei Sandtr. Zu vert. **10 Ruder Torf** oder gegen Strohh zu verkaufen. **Ang. Jung.**

**Guter Jagdhund** zu kaufen gesucht. Stf. um. E. C. 751 an die Gesd. d. Bl.

### Zweifelh. Meinen Schafbo

empfehle zum Zeden. G. Wentens. Wardenburg. Zu verkaufen 1 Jahr. belegte schwarze **Oldenburger Stute.** G. Ahrens.

Saverkann d. Du. de. Wliche **15—20 Kinder in Winterkletterung** zu geben. Georg Sauerkamp.

**Hühner, Enten, Gänse,** gerupft, laufe jeden Bollen zu Tagespreis und erbl. in Angebot. **Waldorf & Co., Bremen,** Vor d. Steintor 102.

**Belzelle** (Rant) empfiehlt 2. Schmeiter.

### C. Brüning

Neuzeitlich eingerichtete Atelier für moderne **Photographie u. Vergrößerung Oldenburg,** nur Donnerschwerstr. Nr. 18. Da 2 photographische Geschäfte nebeneinander, bitte **Namen nicht verwechseln!**

### Brennhölzer Grubenhölzer

Schleifhölzer Rughölzer — aller Art — Labung sowie ganze **Waldbestände** kauft und erbietet Angebot. — Vermittlern wird gute Provision gezahlt. **P. Huber, Oldenburg (i. B.), Alexanderstr. 83.** Telefon 1790.



